



SCHWERPUNKTTHEMA

Alternative Fakten, exklusives Wissen

Warum wir eine universalistische Wissenschaft verteidigen müssen

Inhalt

Editorial

Christoph Lammers Krisen als Motor der Wissenschaftsfeindlichkeit	1
---	---

Neulich ...

... bei Königs	28
----------------------	----

Buchbesprechung

Nicola Condoleo: Über Atheismus	48
Internationale Rundschau	49
Leser:innenbrief	64
Impressum	65

Schwerpunktthema:

Alternative Fakten, exklusives Wissen

Dittmar Graf

Wissenschaftsskepsis und ihre Ursachen

Wie wir Vertrauen in Forschung stärken und Fehlinformationen entgegenwirken können	3
---	---

Mehr Raum und Zeit für das Zwischenmenschliche

Ein Gespräch mit Natalie Grams über Wissenschaftsskepsis in der Medizin	8
--	---

Martin Mahner

Warum die sog. „Critical Studies“ unter Pseudowissenschaftsverdacht stehen

11

Gunnar Schedel

Critical Studies oder Kritikfreudigkeit?

Die skeptische Bewegung definiert gerade neu, was unter die Lupe genommen werden soll – und was besser nicht	18
---	----

Staat und Kirche

Wie geht's weiter mit dem Zentralrat der Konfessionsfreien?

Auf der MIZ-Feedback-Konferenz wurde über die Zukunft säkularer Lobbyarbeit kontrovers diskutiert	24
---	----

Religionsunterricht soll in Berlin

Wahlpflichtfach werden	26
------------------------------	----

Christian Casutt

Staatsleistungen

Feudaler Stachel im Fleisch des säkularen Rechtsstaats	29
---	----

Prisma

Horst Groschopp

Was ist „säkularer Humanismus“? ..	35
------------------------------------	----

Romo Runt

Atheist Day 2023	40
------------------------	----

Thomas Waschke

Was kann die Erweiterte Evolutionäre Synthese leisten?

Teil 9: Ein vorsichtiger Blick in die Zukunft	43
--	----

Krisen als Motor der Wissenschaftsfeindlichkeit



Dass die Welt aus den Fugen geraten ist, lässt sich kaum leugnen. Die multiplen Krisen, mit denen wir zu kämpfen haben – Finanzkrise, Klimakrise oder auch die Flüchtlingskrise und, nicht mehr ganz so aktuell, die Corona-Pandemie –, stellen für alle Menschen eine existentielle Bedrohung dar.

Begleitet wird dieser andauernde Ausnahmezustand von gesellschaftlichen Verwerfungen. So werden immer öfter Zweifel an der Demokratie und den damit verbundenen Errungenschaften laut. Die Zahl der demokratisch verfassten Nationalstaaten nimmt weltweit ab. Gleichzeitig wächst die Zahl der Staaten, die autoritär geführt werden. Der Wunsch nach Autoritäten scheint, trotz der Erfahrungen aus dem 20. Jahrhundert, zuzunehmen. Diese Entwicklung stellt eine gro-

ße Gefahr für Menschenrechte und Selbstbestimmung dar.

Eine Folge von Krisenerfahrungen ist, dass autoritäre Staaten, unter Zuhilfenahme demokratischer Instrumente, Grundrechte einschränken. Es werden Zweifel gesät: u.a. an demokratisch legitimierten Wahlen; an der Meinungsfreiheit; an den Medien; an den Erkenntnissen der Wissenschaft und der Wissenschaftsfreiheit. Außerdem werden Ängste geschürt und (innere wie äußere) Bedrohungen erzeugt. Auch werden längst überwunden geglaubte Weltbilder und Geschlechterzuschreibungen aus der Mottenkiste der Geschichte hervorgeholt. Die Mär des „Früher war alles besser!“ wird wie ein Mantra vor sich hergetragen.

Der Krisenzustand überrascht einerseits nicht, denn der globale Norden lebt seit Jahrzehnten auf Kosten des globalen Südens. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ist dramatisch. Dennoch ist der Ruf nach einem „Weiter so!“ lauter als die Unterstützung für diejenigen, die ein „Wir müssen handeln!“ fordern. Andererseits überrascht dieser Krisenzustand dann doch, denn mit der Hilfe der Wissenschaft, hat sich in den letzten Jahrzehnten ein unermesslicher Reichtum an Wissen angehäuft. Dieses Wissen könnte helfen, die Krisen abzuschwächen (z.B. Klimakrise) bzw. die reaktionären Weltbilder (z.B. Gender und reproduktive Rechte) zurückzudrängen. Warum ändert sich dann nichts?

Offenbar neigen Menschen auch im 21. Jahrhundert noch dazu, in Krisenzeiten auf zwei Dinge zu vertrauen: Erstens, dass auf noch so komplexe Probleme eine einfache Antwort möglich ist. Dazu greift viele Menschen auf Heilslehren zurück, die ihnen von Religionen, der Esoterik, der Psychoszene oder auch aus den Parawissenschaften angeboten werden. Zweitens braucht es einen Schuldigen, der für das Leid verantwortlich gemacht werden kann. Antisemitische und rassistische Verschwörungserzählungen haben daher in Krisenzeiten Hochkonjunktur.

Soweit so gut. Doch was haben diese Krisenszenarien mit dem Schwerpunktthema „Wissenschaftsfeindlichkeit“ in dieser MIZ-Ausgabe zu tun? Warum machen wir ein Heft zum Thema „Wissenschaftsfeindlichkeit?“

Die Fragen sind berechtigt. Lassen Sie es mich so formulieren: Wissenschaft und wissenschaftliches Denken bilden eine der wichtigsten Grundlagen für ein besseres Verständnis der Wirklichkeit – historisch wie auch aktuell. Egal, in welchen Bereich wir schauen: Politik, Kultur, Gesellschaft oder Umwelt. Überall dort, wo Wissenschaft ernsthaft und auf der Grundlage eines universalistischen Wissenschaftsverständnisses betrieben wird, tragen die gewonnenen Erkenntnisse zu einem demokratischen Miteinander bei. Dort, wo Wissenschaft Wissen schafft, und die Menschen Zugang zu Bildung haben, fallen weder Religionen noch Esoterik, weder Partikularismus noch Identitätsgeschwurbel auf fruchtbaren Boden. Auf Fakten und Tatsachen, begründetes und durch Evidenz getragenes politisches Handeln stärkt die Demokratie und macht sie resistent

gegenüber Hass und Gewalt. Daher positioniert sich die MIZ-Redaktion klar gegen Wissenschaftsfeindlichkeit.

Dass die politisch Verantwortlichen aus der Sicht vieler Menschen keine zufriedenstellende Antwort auf bzw. Lösungen für die multiplen Krisen haben, schadet nicht nur der Gesellschaft und der Politik. Als „Schuldige“ für die Krisen wird auch die Wissenschaft und werden insbesondere Wissenschaftler*innen ausgemacht. Sie werden zu „Mittäter*innen“ erklärt. Bestes Beispiel ist das An-den-Pranger-Stellen von Forscher*innen in der BILD-Zeitung. „Die Lockdown-Macher“ titelte das Blatt im Dezember 2022 und setzte die mit Foto und Namen genannten drei Modellierer großer Gefahr aus.

Klar ist, dass wir bei der Erörterung des Themas nicht alle Aspekte berücksichtigen können. Uns geht es in erster Linie um zwei Dinge: Zum einen möchten wir einen Aufschlag zu dem Thema wagen, damit Sie, liebe Leser*innen, Denkanstöße erhalten. Und wir möchten Sie zum anderen dazu anregen, aus den eigenen Echokammern herauszutreten und mitzudiskutieren. In diesem Sinne, Geschichte wird gemacht!

Eine längere Fassung des Editorials findet sich auf der Webseite der MIZ: www.miz-online.de.

Wissenschaftsskepsis und ihre Ursachen

Wie wir Vertrauen in Forschung stärken und Fehlinformationen entgegenwirken können

Wir leben in unsicheren Zeiten. Wer würde das bestreiten wollen. Logisches, kohärentes Denken ist anscheinend aus der Mode gekommen und seine Sinnhaftigkeit wird von vielen Seiten angezweifelt. Dies zeigen die Erhebungen zur Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber Wissenschaft und Forschung immer wieder. Welche Folgen diese Zweifel haben können und welche Rolle der Bildung bei der Bekämpfung der Zweifel zukommt, soll in diesem Beitrag näher betrachtet werden.

Vor allem die Wissenschaft als angewandte Rationalität sieht sich zunehmend Kritik bis hin zum blanken Hass ausgesetzt. Das wurde insbesondere im Zuge der Corona-Pandemie augenfällig, als Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die Daten und Forschungsergebnisse zu Covid-19 veröffentlichten, diskreditiert, angefeindet, oder gar mit dem Tode bedroht wurden. Die beiden bedeutendsten Wissenschaftsmagazine *Nature* und *Science* haben Forscherinnen und Forscher befragt, die sich zu Covid-19 öffentlich geäußert haben. In der Umfrage von *Nature*¹ gaben mehr als zwei Drittel derjenigen, die geantwortet haben, an, negative Erfahrungen gemacht zu haben, 22% hatten Drohungen mit physischer oder sexueller Gewalt erhalten. In der *Science*-Studie² haben 38% derjenigen, die geantwortet haben an, mindestens eine Form von Belästigung erlebt. Am häufigsten wurden persönliche Beleidigungen und Angriffe auf ihre Kompetenz oder Integrität angegeben.

Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber Wissenschaft und Forschung

Bei regelmäßig in Deutschland durchgeführten Erhebungen zur Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber Wissenschaft und Forschung zeigt sich beständig,³ dass nur weniger als zwei Drittel der Befragten eher oder voll und ganz der Wissenschaft und Forschung vertrauen. Im letzten Jahr waren es 62 Prozent. 29 Prozent zeigen sich unentschieden, während acht Prozent angeben, (eher) kein Vertrauen in Wissenschaft und Forschung zu haben. Damit ähneln die Ergebnisse von 2022 denen der beiden vorangegangenen Erhebungen im Herbst 2021 und 2020. Das sind ernüchternde Zahlen. Es ist selbstverständlich von großer Bedeutung, dass Forschende und wissenschaftliche Ergebnisse einer kritischen Analyse unterzogen werden können. Allerdings ist es befremdlich und besorgniserregend, wenn Menschen der Wissenschaft misstrauen und z.B. einem selbster-

Dittmar Graf ist Professor für Biologiedidaktik an der Universität Gießen. In der Initiative *Evokids* setzt er sich für die Vermittlung der Evolutionstheorie an Grundschulen ein. Er ist Mitglied im Wissenschaftsrat der *Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften* (GWUP).

nannten Experten ohne nachgewiesene Fachkompetenz Glauben schenken, der sich brüstet, einfache Antworten auf alle Fragen zu haben. Dieses Phänomen war während der Coronapandemie leider oft zu beobachten.

Für Wissenschaftsskepsis werden verschiedene Ursachen diskutiert, die zum Teil alt sind, zum Teil aber erst in den letzten Jahren Bedeutung gewonnen haben:

- Wissenschaftsskepsis kann einem generellen Misstrauen gegenüber Autoritäten und etablierten Institutionen entspringen. Menschen, die solche Ansichten vertreten, könnten die wissenschaftliche Gemeinschaft als Teil des 'Establishments' betrachten.
- Wenn Menschen den wissenschaftlichen Prozess oder die zugrunde liegenden Prinzipien nicht verstehen, kann dies dazu führen, dass sie wissenschaftliche Erkenntnisse als unsicher, wenig glaubwürdig oder relevant erachten.
- Menschen neigen dazu, solche Informationen zu bevorzugen, die ihre bestehenden Überzeugungen bestätigen und diejenigen Informationen abzulehnen, die diesen widersprechen.
- Angst oder Unsicherheit können dazu führen, dass Menschen wissenschaftlichen Erkenntnissen skeptisch gegenüberstehen.

- Menschen, die starke ideologische oder religiöse Überzeugungen haben, könnten diejenigen wissenschaftlichen Erkenntnisse ablehnen, die ihren Ansichten widersprechen.
- Der rasante Fortschritt und die zunehmende Komplexität und Unübersichtlichkeit der Welt können dazu führen, dass Menschen nach einfachen, nichtwissenschaftlichen Erklärungen suchen.
- Ein wiederkehrendes Phänomen sind großangelegte Kampagnen, die nur darauf abzielen, fundierte wissenschaftliche Ergebnisse anzuzweifeln oder zu leugnen. Beispiele hierfür sind die Klimawandelleugnung oder Debatten über Schädlichkeit des Rauchens. Beispielsweise unternahm die Tabakindustrie über Jahrzehnte hinweg gezielte Anstrengungen, um wissenschaftliche Erkenntnisse über die gesundheitlichen Risiken des Rauchens in Frage zu stellen.⁴
- Filterblasen können zur Wissenschaftsfeindlichkeit beitragen. Sie entstehen durch Algorithmen in den sogenannten sozialen Medien und führen dazu, dass Menschen hauptsächlich Informationen und Meinungen ausgesetzt sind, die ihren bestehenden Überzeugungen entsprechen.
- In den Medien erhalten gelegentlich marginale oder unbegründete Meinungen dasselbe Gewicht wie die fundierten Ansichten von Expertinnen und Experten, um reißerische und kontroverse Diskussionen zu befördern.

Bildung als Motor der Veränderung

Wie können die Vorbehalte gegenüber der Wissenschaft verringert werden? Bei Erwachsenen sind die Einstellungen häufig fest verankert, so dass tiefgreifende Veränderungen schwer zu erreichen sind. Dennoch können Aufklärungskampagnen und Informationsangebote dazu beitragen, das Verständnis für wissenschaftliche Zusammenhänge zu fördern und rationale Argumente zu stärken.

Um jedoch langfristig und nachhaltig Veränderungen herbeizuführen, kommt der Bildung eine entscheidende Rolle zu. Die Schule ist die Institution, die alle zukünftigen Erwachsenen und Entscheidungsträger durchlaufen müssen, was die Möglichkeit eröffnet, frühzeitig die Akzeptanz der Wissenschaften zu fördern. Tatsächlich wurden bereits vor fast 20 Jahren von der Kultusministerkonferenz deutliche Änderungen in den Vorgaben für Lehrpläne der Bundesländer vorgenommen. Das bis damals vorherrschende Primat der Inhalte wurde durch vier gleichberechtigte Säulen ersetzt, auf denen naturwissenschaftliche Kompetenz basieren soll. Neben dem Fachwissen sind dies die Bereiche 'Bewertung', 'Kommunikation' und 'Erkenntnisgewinnung'. Letzterer ist in unserem Kontext von besonderem Interesse, da er sich auf die Art und Weise bezieht, wie in den Wissenschaften Erkenntnisse gewonnen werden, also auf die wissenschaftlich anerkannten Methoden. Schließlich kann man eine Erkenntnis nur dann als wissenschaftlich betrachten, wenn sie auf validen und nachvollziehbaren Untersuchungsmethoden basiert. Obwohl die Einführung dieser



Wissenschaftsskepsis bewegt Menschen unter anderem zu glauben, dass die Erde flach ist. (Foto: © Kajetan Sumila / unsplash.com)

Veränderungen bereits fast 20 Jahre zurückliegt und seitdem sowohl die Umsetzung im Unterricht erforscht als auch spezielle Unterrichtsarrangements entwickelt werden, lässt sich bis heute kein durchschlagender Bildungserfolg im Hinblick auf den Kompetenzbereich 'Erkenntnisgewinnung' feststellen. Dies zeigt, dass trotz der Bemühungen um eine Verbesserung des Unterrichts in diesem Bereich noch immer Herausforderungen bestehen, die angegangen werden müssen. Aus meiner Sicht spie-



Um langfristig und nachhaltig Veränderungen herbeizuführen, kommt der Bildung eine entscheidende Rolle zu. (Foto: © Kenny Eliason / unsplash.com).

len drei Aspekte eine entscheidende Rolle:

1. Der Erkenntnisgewinnungsprozess wird oft wie ein Kochrezept als Abfolge festgelegter Arbeitsschritte präsentiert: Dieser Ansatz kann dazu führen, dass Schülerinnen und Schüler denken, wissenschaftliche Forschung sei ein starres, lineares Verfahren, das wenig Raum für Flexibilität und Anpassung an unterschiedliche Forschungskontexte lässt. In Wirklichkeit ist der wissenschaftliche Prozess oft dynamisch und erfordert kreatives Denken sowie die Fähigkeit, Hypothesen und Methoden an veränderte Bedingungen anzupassen. Der Ausdruck „Wir irren uns

empor“ verdeutlicht in passender Art und Weise, dass Wissenschaft auch durch das kontinuierliche Lernen aus Fehlern und Irrtümern voranschreitet und dass dieser Prozess ein wichtiger Bestandteil der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung ist.

2. Insbesondere für Untersuchungen mit Menschen wichtige methodische Ergänzungen kommen im Unterricht so gut wie überhaupt nicht vor: Die ethischen und methodischen Aspekte, die bei der Arbeit mit menschlichen Probanden eine Rolle spielen, sind für das Verständnis von wissenschaftlicher Forschung unerlässlich. Dazu gehören beispielsweise die informier-

te Einwilligung, die Anonymisierung von Daten, der Umgang mit sensiblen Informationen und die Anwendung von Verblindungsverfahren. Letzteres ist eine notwendige Methode, um Verzerrungen in der Forschung zu reduzieren, indem die Erwartungen der Forschenden und/oder der Probanden kontrolliert werden. Dies kann beispielsweise durch den Einsatz von Placebos in klinischen Studien oder die verdeckte Beobachtung von Teilnehmern erreicht werden.

Die Vernachlässigung dieser Aspekte im Unterricht kann dazu führen, dass Schülerinnen und Schüler ein unvollständiges Bild von wissenschaftlicher Forschung und den damit verbundenen ethischen Verantwortlichkeiten erhalten.

3. Es werden nur Positivbeispiele für wissenschaftliche Aussagen und Theorien verwendet; Negativbeispiele als didaktisches Hilfsmittel zur Abgrenzung von Parawissenschaften werden nicht erwähnt: Indem nur Positivbeispiele eingesetzt werden, entsteht möglicherweise der falsche Eindruck, dass alle wissenschaftlichen Arbeiten und Erkenntnisse gleichermaßen valide sind. Negativbeispiele können jedoch dazu beitragen, Schülerinnen und Schüler für die Unterscheidung zwischen seriöser Wissenschaft und Pseudowissenschaft oder Parawissenschaften zu sensibilisieren. Dies hilft ihnen, kritisch zu hinterfragen und Fehlinformationen oder unglaubwürdige Quellen zu erkennen. Dabei geht es nicht darum, „etwas Falsches zu unterrichten“, sondern vielmehr darum, den Schülerinnen und Schülern ein differenziertes Verständnis von Wissenschaft und ihren Grenzen zu vermitteln.

Fazit

Die konsequente Umsetzung dieser erweiterten Gesichtspunkte im Bereich ‘Erkenntnisgewinnung’ im Rahmen des schulischen Unterrichts kann zwar nicht alle Probleme mit der Wissenschaftsakzeptanz lösen, jedoch kann sie einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung darstellen. Durch eine verbesserte und umfassendere Vermittlung des wissenschaftlichen Prozesses können die zukünftigen Erwachsenen besser auf die Herausforderungen einer zunehmend komplexen und informationsüberfluteten Welt vorbereitet werden und lernen, wissenschaftliche Erkenntnisse angemessen zu bewerten und Fehlinformationen eher zu erkennen.

Anmerkungen

- 1 Nogrady, Bianca: ‘I hope you die’: how the COVID pandemic unleashed attacks on scientists. In: Nature 598/2021, S. 250-253.
- 2 McNutt, Marcia; Hildebrand, John: Scientists in the line of fire. In: Science 375/2022, S. 1071.
- 3 Wissenschaft im Dialog (Hrsg.): Wissenschaftsbarometer. Quelle: https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/Dokumente_22/WiD-Wissenschaftsbarometer2022_Broschuere_web.pdf (Letzter Zugriff: 1.4.2023).
- 4 Oreskes, Naomi / Conway, Erik M.: Merchants of doubt. How a handful of scientists obscured the truth on issues from tobacco smoke to global warming. New York 2019.

Mehr Raum und Zeit für das Zwischenmenschliche

Ein Gespräch mit Natalie Grams über Wissenschaftsskepsis in der Medizin

Im Bereich der Medizin gibt es seit jeher Angebote, die mit Methoden arbeiten, die außerhalb des wissenschaftlichen Konsenses liegen, und gleichzeitig von ihren Befürworter:innen als der „Schulmedizin“ überlegen dargestellt werden. Trotzdem war es überraschend, wie viele Menschen sich, auch in kleineren Städten, mobilisieren ließen, um gegen Corona-Schutzmaßnahmen und Impfpflicht zu demonstrieren. Eine Motivation war unüberhörbar eine distanzierte Haltung zur evidenzbasierten Medizin. MIZ sprach mit der Ärztin Natalie Grams über Ursachen und Folgen dieser verbreiteten Einstellung.

MIZ: In der Pandemie gab es größere Proteste gegen eine im Raum stehende Impfpflicht. Richtete sich die Ablehnung nach Ihrer Einschätzung eher gegen die Verpflichtung oder gegen das Impfen an sich?

Natalie Grams: Die Ablehnung einer Impfpflicht hat sicherlich viele Gründe. Zum einen ist der Akt des Impfens nunmal ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und das muss gut begründet sein – gerade wenn es eine allgemeine Pflicht dazu geben soll. Die Gründe für die Corona-Impfung waren nicht für alle gleichermaßen nachvollziehbar. Dazu kam sicherlich eine Unzufriedenheit mit der Politik in der Corona-Zeit, was sich dann auch auf das Impfen durchgeschlagen hat im Sinne von: Hier hole ich mir meine Selbstbestimmung zurück! Für manche Menschen schienen die Impfstoffe auch zu neu und zu wenig gut untersucht, was sie dann speziell verunsichert hat. Prinzipiell bin ich selbst bei aller

Überzeugung vom Impfen und dem Schutzgedankens des Impfens aber auch kein Fan der Impfpflicht. Ich finde, man kann und muss hier zur Vernunft nicht verpflichtet werden.

MIZ: Nun finden Impfungen seit über 200 Jahren Anwendung und können auf einige Erfolge verweisen. Welche Argumente wurden denn gegen eine Corona-Schutzimpfung angeführt?

Natalie Grams: Die mRNA-basierte Technologie der neuen und meisten Impfstoffe hat wohl viele Menschen verunsichert. Obwohl sie seit vielen Jahren erforscht werden, hat man irgendwie befürchtet, dass genetische Impfstoffe das Genom von uns Menschen nachhaltig negativ beeinflussen. Und egal, wie oft erklärt wurde, dass das unwahrscheinlich ist, hat sich das festgesetzt, wie das eben so oft bei Mythen ist. Das sind dann eigentlich keine Argumente, sondern eher Befürchtungen. Und damit ist das Thema emotional und mit

rationalen Argumenten schwer erreichbar.

MIZ: Sehen sie diese Einwände als stichhaltig an?

Natalie Grams: Ich bin immer für eine offene Diskussion und finde es wichtig, dass gerade Laien ihre Befürchtungen und Zweifel offen aussprechen dürfen. Viele Gedanken waren auch durchaus berechtigt. Was ich nicht verstehen kann, ist, wenn Expertinnen und Experten die Sachlage dann verständlich erklären, dass weiterhin an Mythen fest gehalten wird, ja dass sogar Verschwörungsideologien daraus werden.

MIZ: Menschen, die der sogenannten Schulmedizin distanziert gegenüberstehen, verweisen oft auf einzelne Fälle, in denen eine Behandlung richtig schief ging oder ein alternativmedizinischer Ansatz angeblich besser geholfen hat. Aus wissenschaftlicher Perspektive mögen solche Anekdoten ohne Bedeutung sein, aber mit welcher Argumentation lassen sich diese Leute abholen?

Natalie Grams: Dieses Problem beschäftigt mich ja seit Jahren, weil ich selbst diese Erfahrung gemacht habe: Ich war von der vermeintlichen Schulmedizin enttäuscht und fand 'Rettung' in der sogenannten Alternativmedizin. Ich denke, mir ist es gelungen, das besser einordnen zu können, weil ich verstanden habe, was Wissenschaft ist und wie man hier systematisch Erfahrungen sammeln kann. Das ist dann einfach mehr wert als eine Einzelerfahrung, nicht für den Einzelnen, aber für generelle Aussagen über die Wirksamkeit einer Methode oder eines Medikaments.



Natalie Grams studierte Medizin und absolvierte parallel dazu Ausbildungen in der Traditionellen Chinesischen Medizin und der Homöopathie. Danach war sie mehrere Jahre als Ärztin tätig. 2015 erschien ihr Buch *Homöopathie neu gedacht*, mit dem sie eine kritische Wende vollzog. Seither macht sich Grams für die Wissenschaftskommunikation stark und betreibt den Podcast *Grams' Sprechstunde*. (Foto: © Marc Fippel)

MIZ: Was würden Sie jemandem entgegen, der die Parole „Wer heilt, hat recht“ ins Feld führt?

Natalie Grams: Wer nachweisen kann, dass er ursächlich für die Heilung verantwortlich ist, hat recht. Wer einfach nur daneben stand, während der Körper sich selbst geheilt hat, kann zwar eine Rechnung stellen, aber die Rechnung geht nicht auf sein Konto.

MIZ: Das real existierende Medizinsystem schleppt ganz offensichtlich seit vielen Jahren schon grundlegende Probleme mit sich herum – Stichworte: Drei-Minuten-Medizin, Profit-

orientierung, Personalmangel und seit kurzem auch Medikamentenknappheit. Schlägt sich die Kritik an echten Missständen im System in einer Ablehnung der wissenschaftlichen Methoden nieder?

Natalie Grams: Auf jeden Fall. Ich denke, wir können aus der 'Alternativmedizin' und dem Verlangen danach mitnehmen, dass viele Menschen sich darin offenbar besser behandelt fühlen. Dass sie sich als Menschen gesehen fühlen und nicht als Nummern oder Fälle. Deswegen mache ich mich auch in meinem Podcast *Grams' Sprechstunde* alle zwei Wochen auf die Suche nach 'echt guter Medizin'. Gar nicht so leicht!

MIZ: Lassen sich denn die Methoden überhaupt vom Rahmen, innerhalb dessen sie angewendet werden, trennen?

Natalie Grams: Das untersuchen medizinische Studien: Ob es das Behandlungssetting ist, dass zum Beispiel einen Placebo-Effekt generiert oder ob wirklich eine spezifische arzneiliche Wirkung vorliegt. Deswegen kann man eben auch als Einzelne/r nicht sagen: 'Das hat gewirkt!', denn es könnte auch der allgemeine Behandlungs- und Kontexteffekt oder meine Erwartungshaltung gewesen sein. Man kann nur sagen: 'Mir hat es geholfen' – und für eine Aussage darüber hinaus brauchen wir Studien.

MIZ: Die Erfolge der Medizin sind nach meiner Beobachtung sehr unterschiedlich: die Chirurgie hat in den vergangenen Jahrzehnte große Fortschritte gemacht, bei Krankheiten wie beispielsweise Rheuma sieht es anders aus. Ist es da nicht verständlich, wenn auch die wissenschaftliche Methode in die Kritik gerät?

Natalie Grams: Um das gerecht zu beurteilen, braucht man wahrscheinlich ein wenig Demut. Das Problem in der 'Alternativmedizin' ist ja, dass sie oft super viel verspricht und nur wenig davon halten kann. Da finde ich die normale Medizin einfach ehrlicher, wenn es natürlich auch furchtbar ist, dass wir noch nicht für alles ein Heilmittel haben. Aber das wird wohl immer so sein und trotzdem wird sich die Medizin weiterentwickeln. Ich wäre aber immer skeptisch, wenn mir jemand verspricht, dass sein Mittel oder seine Methode alles – und auch noch sofort – heilen kann.

MIZ: Was müsste sich ändern, damit die Leistung von Wissenschaft im Bereich der Medizin wieder angemessen eingeschätzt wird?

Natalie Grams: Ich denke, allen in der Medizin wäre geholfen – und damit meine ich Behandelte und auch Behandelnde –, wenn wir weniger auf Effizienz getrimmt wären, sondern das Zwischenmenschliche wieder mehr Raum und Zeit bekäme. Das ist sicherlich schwierig, so lang beispielsweise Krankenhäuser rentabel laufen müssen und auch noch Profit abwerfen sollen. Da kommt die Gesundheit einfach zu kurz. Zum anderen müssen wir wohl noch besser erklären, dass Wissenschaft eine Methode ist, die Wissen schafft, und kein Glaube.

MIZ: Danke für das Gespräch.

Critical Studies oder Kritikfreudigkeit?

Die skeptische Bewegung bestimmt gerade neu, was unter die Lupe genommen werden soll —und was besser nicht

Es gehört zum „Markenkern“ der *Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften (GWUP)*, dass sie Verfahren kritisiert, die sich „Wissenschaft“ nennen, diesen Anspruch aber nicht erfüllen. Seit der letzten Mitgliederversammlung Mitte Mai ist unklar, ob das auch weiterhin so sein wird. Denn ein Teil der Mitgliedschaft will das skeptische Denken an die Leine legen, und bei den Vorstandswahlen hat sich diese Fraktion weitgehend durchgesetzt.

In einer Kampfabstimmung, die unter äußerst fragwürdigen Begleiterscheinungen ablief (siehe Kasten: *Einige sind gleich und andere sind gleicher*), wurde ein Vorstand gewählt, von dem nicht sicher ist, ob er die Konfliktbereitschaft mitbringt, die notwendig ist, um Kritikfreudigkeit und Wissenschaftlichkeit gegen Angriffe zu verteidigen. Die Auseinandersetzung hatte sich bereits im Vorfeld der Mitgliederversammlung abgezeichnet. Im Kern geht es um die Leitung des wissenschaftlichen Zentrums, die im kommenden Jahr neu besetzt werden muss, da Martin Mahner, der diese Funktion bislang ausfüllte, im Mai in Rente gehen wird. Für die Ausrichtung der GWUP ist diese Stelle zentral. Der bisherige Vorstand hatte für die Nachfolge den Vorsitzenden des GWUP-Wissenschaftsrates Nikil Mukerji vorgesehen.

An dieser Personalie entzündete sich ein Streit, der einen grundlegenden Konflikt offenlegte: das Verhältnis der GWUP zu den sog. Critical Studies und dem „woken“ Aktivismus.¹

Im Mittelpunkt stand das von Mukerji maßgeblich mitverantwortete YouTube-Format *The Boys of Reason*². Die dort anzutreffenden, teils sehr pointierten Aussagen erschienen einem Teil der Mitglieder nicht ausreichend fundiert, und Befürchtungen wurden laut, dass das Image der GWUP als Wissenschaftsvereinigung Schaden nehmen könnte. Ein anderer Teil derjenigen, die Kritik übten, sah hingegen ein anderes Problem: In dem Podcast finden sich auch Beiträge, die sich kritisch mit Critical Studies auseinandersetzen. Und dass die Critical Studies im Rahmen der GWUP zum Gegenstand der Kritik werden, ist – wie aus einigen Redebeiträgen unmissverständlich hervorging – von einer Reihe von Mitgliedern nicht gewünscht.

Identität statt Emanzipation

„Woke“ ist ein unscharfer Sammelbegriff für politische Konzepte, durch die – anknüpfend an identitäre Vorstellungen – rechtes, teilweise auch extrem rechtes Gedankengut in ursprüng-

lich linke Zusammenhänge gelangt ist. Wer sich als „woke“ versteht, geht davon aus, die gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse durchschaut zu haben. Die Beschreibung von Erkenntnis als Erweckungserlebnis wirkt befremdlich, zumal sie oft mit einem Selbstbild moralischer Überlegenheit einhergeht. Sie erinnert weniger an das „Heureka“ des Archimedes als an das „Awakening“ der Evangelikalen.

Das zugrundeliegende Weltbild geht von Gruppenidentitäten aus und ist dualistisch ausgerichtet: einer Mehrheit steht eine Minderheit gegenüber, die benachteiligt ist. An diese grundsätzlich richtige Beobachtung schließt sich jedoch kein sozialrevolutionäres Konzept an, das darauf abzielt, die Gesellschaft gemeinsam zu verändern. Dem steht unter anderem die Vorstellung im Wege, dass Menschen unterschiedlicher Identität nicht wirklich miteinander ins Gespräch kommen können, weil ihre Erfahrungshorizonte zu verschieden sind. Dass es Leute geben könnte, die *generell* in einer herrschaftsfreien Gesellschaft leben möchten (durchaus aus wohlverstandem Eigeninteresse, denn Mehrheiten können sich ändern) und ihre politischen Aktivitäten darauf ausrichten, ist dem identitären Denken fremd.

Zwar ist häufig von „Strukturen“ die Rede, die identitären Lösungsansätze zielen hingegen oft auf die Individuen. Die Mitglieder der „Mehrheiten“ müssen es sich für ihre „Verfehlungen“ gefallen lassen, als „rassistisch“, „transfeindlich“, menschenverachtend usw. bezeichnet zu werden. Da das identitäre Spektrum in weiten Teilen von sprachmagischem Denken durchdrungen ist (der Verwendung bzw. Vermeidung einzelner Wörter wird eine hohe Bedeutung

bei der Veränderung der Welt beige-messen), finden diese Verfehlungen häufig auf der sprachlichen Ebene statt. So kann dich bereits die Feststellung, dass es zwei biologische Geschlechter plus Intersexualität gebe, oder die Auffassung, dass es notwendig sei, sich für die Rechte von Frauen und Mädchen besonders einzusetzen, als „transfeindlich“ ausweisen.

In Trainings können Menschen dann lernen, für ihre „Privilegien“, die ihnen qua Geburt als Männer, Weiße, Heterosexuelle usw. zufallen, Abbitte zu leisten. Wer in all dem das Konzept „Kirche“ zu erkennen meint, dürfte richtig liegen: Die Identitären leisten, was über Jahrhunderte die institutionalisierten Religionen übernommen hatten: die autoritäre Konditionierung von Menschen zur Zustimmung ohne das Recht auf Widerspruch. Und wie die Kirchen ändern sie: nichts (was den „Vorteil“ hat, dass sie auch morgen ihre Vorwürfe wiederholen und ihre Trainings anbieten können).

Critical Studies

Fundiert wird der identitäre Aktivismus durch die Critical Studies, die in den Sozialwissenschaften mittlerweile eine bedeutende Rolle spielen. Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, dass kritische Gesellschaftsanalyse zunehmend hinter in apodiktischem Tonfall vorge-tragenen moralischen Verurteilungen verschwunden ist, die Kritik der Zustände der öffentlichen Beschämung von Menschen gewichen ist.

Selbstverständlich muss jede Studie für sich geprüft werden,³ aber ein Blick auf theoretische Vorstellungen, die von wichtigen Vertreter:innen der Critical Studies geäußert werden, wirft

die Frage nach der wissenschaftlichen Seriosität auf.

Die amerikanische Soziologin Robin DiAngelo⁴ beispielsweise geht von der These aus, dass Weiße in der us-amerikanischen Gesellschaft Nicht-Weißen („People of Colour“) gegenüber privilegiert sind, indem sie (ob sie wollen oder nicht) in vielen Situationen von ihrem Weiß-Sein profitieren und bestimmte Diskriminierungserfahrungen nicht machen müssen. Diese Auffassung ist im Kern sicherlich richtig (das Problem wird in der Linken aber auch schon seit 40 Jahren reflektiert). Auch dass People of Colour ihre Diskriminierungserfahrungen nur schwer mit Menschen teilen können, die Entsprechendes nie erlebt haben, ist noch nachvollziehbar (wobei bereits hier kritisch angemerkt werden kann, dass Empathiefähigkeit eine allgemeinhin menschliche Eigenschaft ist, über die sich diese „Erfahrungslücke“ zumindest ansatzweise schließen lassen müsste). Fragwürdig wird das Konzept, wenn Menschen, die von einer strukturell rassistischen Gesellschaft profitieren, als Bestandteil dieser Struktur gesehen werden – unabhängig davon, wie sie sich konkret verhalten (DiAngelo geht davon aus, dass „weiße progressive Menschen ... im Alltag den größten Schaden für Menschen of Color“ anrichten⁵). Und als Selbstimmunisierungsstrategie muss bewertet werden, wie DiAngelo Kritik, der sie in ihren Schulungen begegnet, abwertet („das Verwechseln von Meinungsverschiedenheiten mit Unverständnis“).⁶ Die Frage, ob Rassismus in

einer bestimmten Situation vorliegt, gilt als beantwortet; es geht nur noch darum, das „Wie“ zu analysieren.⁷ Maßstab für die Definition von Rassismus ist für DiAngelo die Erfahrung der Unterdrückten – wobei sie, wenn zwei sich widersprechende Urteile über dieselbe Situation vorliegen, der Position, die keinen Rassismus wahrgenommen hat (z.B. weil alle, unabhängig von der Hautfarbe, gleich behandelt wurden), die Relevanz abspricht.⁸ Die subjektive Empfindung bleibt für sie wichtiger als die Suche nach einer intersubjektiv nachvollziehbaren Definition.

Was schon aus aktivistischer Sicht fragwürdig erscheint (weil ein solches Vorgehen überheblich daherkommt und eher zu Reaktanz als zu Reflexion führen dürfte), bereitet unter einer wissenschaftlichen Perspektive ernste Probleme. Das „woke“ Verständnis von Kritik unterscheidet sich nicht nur grundlegend von dem, was in der Linken bislang als Kritik galt: Die möglichst genau Beschreibung der herrschenden Zustände (mit der Zielsetzung, diese auf Grundlage der Erkenntnisse verändern zu können) wird ersetzt durch moralisch und emotional aufgeladene Bewertungen. Es kollidiert auch mit wichtigen Voraussetzungen von Wissenschaft: Jede These muss grundsätzlich kritisierbar sein; jede Aussage muss, unabhängig davon, wer sie getätigt hat, auf ihren Gehalt hin überprüft werden; Konsens wird durch intersubjektive Nachvollziehbarkeit hergestellt und nicht durch autoritäre Vorgaben.

Im Idealmodell ist Wissenschaft eine universalistische Angelegenheit: Jeder Mensch kann erlernen, die wissenschaftlichen Methoden anzuwenden. Wissenschaftliche Ergebnisse werden intersubjektiv zugänglich ge-

macht, was dazu beiträgt, dass alle Menschen in die Lage versetzt werden, aus eigener Anschauung Urteile zu fällen und die Behauptungen von „Autoritäten“ dadurch infrage zu stellen. Hierin liegt auch das gesellschaftsverändernde Potential von Wissenschaft. Die Critical Studies verfolgen demgegenüber eher ein elitäres Konzept, befördern Anpassungsdruck, wo Emanzipation notwendig wäre.⁹ Letztlich sind sie Ausdruck einer zur Ideologie erstarrten Postmoderne, die kaum noch kritische Impulse bereithält.

Kritik an der Leine

Im Bereich der Medizin untersucht die GWUP seit Jahrzehnten Verfahren, die schlecht belegte Behauptungen aufstellen, und verweist auf etwa bestehende ökonomische Interessen. Für naturwissenschaftliche Fachbereiche gilt dies ebenso und auch Managementpraktiken werden auf den Konferenzen oder im *Skeptiker* kritisch unter die Lupe genommen. Es spräche insofern wohl nichts dagegen, einen skeptischen Blick auch auf Sozialwissenschaften zu werfen. Trotzdem gibt es innerhalb der GWUP eine starke Fraktion, die vermeiden möchte, dass die Critical Studies Gegenstand der Kritik werden. Florian Aigner, Kandidat für den Wissenschaftsrat der GWUP, meinte auf der Mitgliederversammlung, jede Fachdisziplin habe ihre inneren Begriffe und Traditionen, ohne deren Verständnis eine Kritik nicht sinnvoll sei. Wenn „Traditionen“ einzelner Disziplinen oder Praktiken auf diese Weise aus dem kritischen Diskurs genommen werden (denn wer legt denn fest, wann ein „Verstehen“ dieser Traditionen als ausreichend angesehen werden kann?), stellt sich die Frage,

Einige sind gleich und andere sind gleicher

Nachdem er 36 Jahre lang die Geschicke der GWUP in verschiedenen Funktionen mitbestimmt hatte, kündigte Amadeo Sarma im April, zunächst im Kreise des Vorstandes, an, nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden zu kandidieren. Anfang Mai erhielten die Mitglieder dann ein Schreiben, in dem Sarma seinen Schritt erläuterte – und der Mitgliedschaft eine Liste mit Kandidat:innen vorstellte, die, wie er schrieb, innerhalb des scheidenden Vorstands abgestimmt sei. Da sich von keiner Seite Widerspruch erhob, war dies die Erwartungshaltung, mit der die Mitglieder zur MV kamen (oder eben zuhause blieben, weil sie erwarteten, dass die vorgeschlagene Liste gewählt würde, und keine Einwände hatten).

Auf der MV behaupteten dann zwei Vorstandsmitglieder, dass sie nicht in die Entscheidung über die Kandidat:innen-Liste eingebunden gewesen seien. Durch weitere Attacken wurden Sarma und der designierte neue Vorsitzende Rouven Schäfer zunehmend demontiert – unverkennbar waren beide von der Situation und den Vorwürfen völlig überrascht. Am Ende der Inszenierung wurden (außer für das Amt des Kassierers) scheinbar spontan Gegenkandidat:innen vorgeschlagen. Die gesamten Begleitumstände lassen es jedoch völlig unglaubwürdig erscheinen, dass im Vorfeld keine Absprachen erfolgt sein sollen. Ganz offensichtlich wussten einige Mitglieder von dem geplanten Putsch, während etwa 98% nicht die geringste Ahnung hatten. Dieses undemokratische Vorgehen fand erschreckend viele Claqueure. So höhnte Guido Bockamp, Demokratie sei kein Zuschauersport und fand es völlig normal, dass 2% gleicher sind als der Rest der Mitglieder. Wer dies anders sah, erinnerte ihn an „Stop the Steal“ und Alexander Gauland. Ich würde meinen: Das ist die Demokratievorstellung von Herrenmenschen.

Gunnar Schedel



Ruhe vor dem Sturm: Der Vorsitzende des GWUP-Wissenschaftsrates, Nikil Mukerji, referiert auf der SkepKon über Strategien der Wissenschaftskommunikation. . (Foto: © André Sebastiani)

warum die GWUP dann Homöopathie und Anthroposophie kritisiert, die sich genau mit dieser Argumentation von jeher gegen Kritik abzuschotten versuchen. Wer entscheidet dann, was einer kritischen Betrachtung unterzogen wird und was nicht?

Einen Vorgeschmack, wie fragwürdige sozialwissenschaftliche Konzepte in Zukunft möglicherweise behandelt werden, bot der Vortrag der alten und neuen Stellvertretenden Vorsitzenden Claudia Preis zum Thema „Kulturelle Aneignung“: kein kritisches Wort zum, diesem Konzept zugrundeliegenden, identitären Kulturverständnis, und erst ganz am Ende der Diskussion zum Vortrag ein knapper Hinweis zu den damit verbundenen ökonomischen Interessen.

Kritik bei Gegenwind

Dass unsere Gesellschaft von Rassismus und Sexismus geprägt ist, sollte außer Frage stehen. Dass auch diejenigen, die sich gegen diese Strukturen einsetzen, selbst ab und an aus Vorurteilen und Schubladendenken heraus handeln, sollte ebenfalls niemand in Abrede stellen. Aber wenn jemand – egal ob politische Aktivist:innen oder wissenschaftliche Einrichtungen – für die eigene Analysemethode einen Monopolanspruch auf Antirassismus, Antisexismus usw. erhebt, ist Hellhörigkeit angesagt. Und wenn Kritik an inhaltlichen Aussagen, vorgeschlagenen Strategien oder eingesetzten Methoden mit der Unterstellung abgewehrt wird, dass damit zugleich Minderheiten ihre Rechte abgesprochen würden, ist das

weder wissenschaftliches noch emanzipatorisches, sondern autoritäres Verhalten. Darin zeigt sich nicht gesellschaftliche Aufbruchstimmung, sondern das Streben nach nicht hinterfragbaren „Wahrheiten“ in Zeiten allgemeiner Verunsicherung.

Eine Folge sind dann die bekannten Situationen, in denen etwa privilegierte Akademiker:innen migrantische Säkularist:innen als „rassistisch“ beschimpfen, weil diese aufgrund der Erfahrung in ihren islamisch geprägten Herkunftsländern den Einfluss von Religion auf die Politik generell kritisch sehen und sich nicht aus dem Elfenbeinturm heraus belehren lassen möchten. Oder wenn das Eintreten für eine Gleichbehandlung aller, beispielsweise durch ein Neutralitätsgesetz, als „Rassismus“ diskreditiert wird.

Die Aufgabe der säkularen Szene bleibt, derlei Gedankengut klar zu benennen: als Pseudokritik, die einen Wettbewerb der Identitäten inszeniert, der perfekt zu einer Gesellschaft passt, in der Menschen prinzipiell in ein Konkurrenzverhältnis gestellt sind. Die Aufgabe der GWUP bliebe, sich kritisch anzusehen, was in diesem Bereich beansprucht, Wissenschaft zu sein, und zu prüfen, ob es sich nicht um Pseudowissenschaft handelt.

Dass dann mit Gegenwind zu rechnen ist, hat sich bereits im Vorfeld der diesjährigen Mitgliederversammlung gezeigt. Dass der Tonfall äußerst aggressiv sein wird, steht zu erwarten, denn ad personam-„Argumentation“ und Markierung als „rassistisch“ usw. gehören zur Standardrhetorik der Identitären. Aber auch Feigheit ist ein Aspekt von Wissenschaftsfeindlichkeit.

Anmerkungen:

- 1 Der Begriff „woke“ wurde auf der Mitgliederversammlung und im Vorfeld verwendet, weshalb ich ihn hier anführe. In MIZ-Artikeln wurde dieses politische Spektrum bisher meist als „identitär“ bezeichnet. Um mich klar zu positionieren: Ich halte den identitären Ansatz für mit wesentlichen linken Zielsetzungen nicht vereinbar. Die Abkehr vom Universalismus und die Moralisierung komplexer Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse erscheinen mir eher als Reaktion einer verunsicherten Mittelschicht auf zunehmend unübersichtlicher werdende Lebensverhältnisse und als gefährlicher Türöffner für autoritäre Konzepte.
- 2 <https://www.youtube.com/@theboysofreason>.
- 3 Ein Beispiel aus der MIZ: Gunnar Schedel: Strohmännchen-Argumente. Wie sich eine Kritikerin an einem holzschnittartigen Säkularismusbild abarbeitet, in: MIZ 3/21, S. 9-13.
- 4 Robin DiAngelo: Wir müssen über Rassismus sprechen: Was es bedeutet, in unserer Gesellschaft weiß zu sein. Hamburg 2020. Wer sich einen schnellen Überblick über DiAngelos Ansichten verschaffen will, kann dieses Interview in der *Zeit* lesen: <https://www.zeit.de/campus/2018-08/rassismus-dekonstruktion-weissein-privileg-robin-diangelo>.
- 5 DiAngelo, Wir müssen über Rassismus sprechen, S. 30. Diese Einschätzung hat sie später, beispielsweise auch in dem genannten *Zeit*-Interview, relativiert.
- 6 Ebenda, S. 110; vgl. auch S. 178 f. oder S. 180.
- 7 Ebenda, S. 17.
- 8 Ebenda, S. 152 f.
- 9 Es gibt Stimmen, die DiAngelo unterstellen, vor allem deshalb die soziale Frage zu bagatellisieren, weil ihre Trainings häufig von großen Firmen gebucht werden. Und die, so die Annahme, hätten kein Interesse daran, dass ihre Mitarbeiter mit sozialrevolutionärem Gedankengut in Berührung kommen. Gegen die Einteilung von Menschen in kollektive Identitäten ist aus dieser Sicht weniger einzuwenden, da sich diese in einer ganz auf Konkurrenz basierenden Gesellschaft gut gegeneinander ausspielen lassen.

Religionsunterricht soll in Berlin Wahlpflichtfach werden

Die neue schwarz-rote Koalition in Berlin überraschte die Berliner mit der Ankündigung, dass der Religionsunterricht demnächst Wahlpflichtfach in einem neu zu schaffenden Bereich Weltanschauungen/Religion werden soll. Auf Seite 42 des Koalitionsvertrags heißt es: „Die Koalition strebt die Einführung eines Wahlpflichtfachs Weltanschauungen/Religionen als ordentliches Lehrfach an. ... Das Fach Ethik bleibt in seiner bisherigen Form bestehen.“¹

Bisher ist die Situation für Berliner Schüler eher komfortabel: Der Religionsunterricht ist vollständig freiwillig. Die Schüler müssen sich um teilzunehmen extra anmelden (bzw. von ihren Eltern angemeldet werden) und sie bekommen keine Zensuren. (In anderen Bundesländern sind sie automatisch angemeldet und müssen sich – oft mit Hindernissen – aktiv abmelden.) Die Situation in Berlin ist durch die Bremer Klausel² begründet. Mit dieser Ausnahmeregelung vom Artikel 7 GG ist Berlin von der Pflicht befreit, Religionsunterricht anzubieten, weil vor 1949 eine andere landesrechtlich Regelung bestand (§ 13 Berliner Schulgesetz vom 26. Juni 1948). Mit dem Berliner Schulgesetz und in Verträgen mit Kirchen und Religionsgemeinschaften wurde festgelegt, dass er dennoch stattfinden muss. Rund 29% der Berliner Schüler nehmen am Religionsunterricht teil, etwa 21 % am humanistischen Lebenskundeunterricht und 50% an keinem von beiden.³

Wenn Religion nun Wahlpflichtfach wird, bedeutet dies, dass auch alle, die bisher keines der freiwilligen Angebote besucht haben, sich für eines der

Fächer auch diesem Bereich entscheiden *müssen*, und dass das Fach benotet wird. Noch ist nicht öffentlich bekannt, mit welchen Fächern Religion konkurrieren soll. Der Landesverband Berlin-Brandenburg des *Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA) argwöhnt, dass die Autoren des Koalitionsvertrages ein Pro-Reli 2.0 anstreben. So ist im Wahlprogramm der CDU zu lesen: „Wahlpflichtfach Ethik/Religion und staatlichen Islamunterricht einführen“.⁴

Berlin war das letzte Bundesland, das die Bremer Klausel noch ernst nahm, um nicht diesen in einer modernen Gesellschaft indiskutablen Anti-Aufklärungsunterricht anzubieten. Doch der Aufschrei der säkularen Szene war bisher eher leise. Der IBKA-Landesverband Berlin-Brandenburg wies im April in einer Pressemitteilung⁵ unter der Überschrift „Atheisten gegen Religionsunterricht als Wahlpflichtfach an Berliner Schulen“ darauf hin, dass die Pläne der Koalition die Bremer Klausel unterwandern:

„Durch die Bremer Klausel im Grundgesetz ist der Religionsunterricht unter anderem in Berlin kein ordentliches Lehrfach. Dies will die schwarz-rote

Koalition nun in ihrem Koalitionsvertrag unterlaufen“, sagt Silvia Kortmann, Landessprecherin Berlin-Brandenburg des *Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA). Ordentliche Lehrfächer seien die Schulfächer, deren Erteilung vollständig aus Steuergeldern finanziert werde; gleiches gelte für die Ausbildung der Lehrkräfte.

Kortmann weiter: „Im Jahr 2009 haben sich die Berliner Bürgerinnen und Bürger per Volksentscheid mehrheitlich gegen den Religionsunterricht als Wahlpflichtfach ausgesprochen. Dieses eindeutige Abstimmungsergebnis wird durch den zur Abstimmung stehenden Koalitionsvertrag mit Füßen getreten.“

Die Reaktion der Lehrgewerkschaft erschöpfte sich in einer dünnen Mitteilung auf ihrer Webseite: „Die Einführung eines neuen Wahlpflichtfachs „Weltanschauungen/Religionen“ sehen wir kritisch. Das Fach Ethik muss erhalten bleiben und eine Ausweitung der Studentafel lehnen wir angesichts des Lehrkräftemangels ab.“ Das ist erbärmlich wenig.

Der IBKA-Landesverband Berlin-Brandenburg zeigt sich bestürzt, dass Religion im weitgehend atheistischen Berlin wieder einen hohen Stellenwert erhalten soll. Es dürfe nicht sein, dass das Fach nur am Lehrermangel scheitert. Religionsunterricht gehöre im Interesse einer Trennung von Staat und Religion und einer zeitgemäßen Bildung für Kinder und Jugendliche nicht an staatliche Schulen.



Abstimmungswerbung für und gegen das Volksbegehren „Pro Reli“ in Berlin (2009). (Foto: © Axel Mauruszat / wikimedia commons/ CC BY 2.0 DE)

Anmerkungen:

- 1 Koalitionsvertrag 2023 – 2026 CDU/SPD: https://spd.berlin/media/2023/04/Koalitionsvertrag_2023-2026_.pdf.
- 2 Bremer Klausel; Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 141: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_141.html.
- 3 Teilnehmerzahlen in: Schriftliche Anfrage an das Berliner Abgeordnetenhaus: <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-14938.pdf>.
- 4 CDU Berlinplan: <https://cdu.berlin/berlinplan>, Kapitel „Gute Bildung“.
- 5 Pressemitteilung: <https://ibka.org/de/presse-23/religionsunterricht-berlin>.

Daniela Wakonigg

Neulich ...

... bei Königs

Was war das doch für ein herrlich bombastischer Schmalz neulich in Brexitleland. Nach mehr als sieben Jahrzehnten in Warteposition bestieg Charles Philip Arthur George Mountbatten-Windsor den britischen Thron. Und das nach einem jahrhundertealten Ritual mit religiös-magischem Klimbim vom Feinsten.

Nun ist eine Krönung per se ein religiöses Ereignis, bei dem – so die religiöse Interpretation des symbolischen Akts – Gott selbst durch seine kirchlichen Mittler einen weltlichen Herrscher als solchen legitimiert. Im ersten Akt des Spektakels in der Westminster Abbey musste Charles den Geistlichen deshalb zunächst auch erst einmal feierlich geloben, die Kirche von England und den Glauben stets zu verteidigen. Ohne Zusicherung von Pfründen an die Kirche keine kirchliche Legitimierung. Ein schlaues ausgeheckter Deal.

Zur Religion steht der britische Monarch traditionell ohnehin in einer ganz besonderen Beziehung, er ist „Verteidiger des Glaubens und oberster Statthalter der Kirche von England“, spricht: er ist selbst das Oberhaupt der Kirche. Eine Konstruktion, die bekanntlich auf Heinrich VIII. zurückgeht – den, mit den vielen Frauen. Bevor Heinrich begann, seine unliebsam gewordenen Ehefrauen enthaupten zu lassen, versuchte er, selbige auf geschmeidigere Weise los zu werden. Er bat den Papst in Rom um eine Annullierung der Ehe. Doch als der sich weigerte, sagte sich Heinrich kurzerhand von Rom los, erklärte die Kirche von England für

unabhängig und sich selbst zu ihrem Oberhaupt. Ein Amt, das seit jener Zeit zur Jobbeschreibung des englischen und später britischen Monarchen zählt.

Dass bei der Krönung eines kirchlichen und weltlichen Oberhauptes in Personalunion möglichst viel Magie zur Anwendung kommen muss, erklärt sich daher von selbst. So befindet sich unter dem Krönungsstuhl der „Stein des Schicksals“. Auf dem Stein wurden im frühen Mittelalter die schottischen Könige gekrönt, weil sie ihn für magisch hielten. Was die Engländer im 13. Jahrhundert dazu veranlasste, den Schotten den Stein zu mopsen. Wie immer die Magie des Steins funktioniert, es scheint wichtig, dass der neue britische Monarch den 150 Kilogramm schweren roten Sandsteinblock unter seinen vier royalen Buchstaben hat, während er zum König gesalbt wird.

Die Salbung wird traditionell hinter einem Sichtschutz ausgeführt, welcher den Blick auf den eigentlichen Salbungsakt verbirgt. Magische Rituale wirken schließlich umso überzeugender, je geheimnisvoller sie ausgeübt werden. Eingesetzt wird hierbei ein nach biblischem Rezept angefertigtes Krönungsöl, das auf einen goldenen Krönungslöffel geträufelt wird. Mit dem Öl zeichnet der ranghöchste Geistliche, der Erzbischof von Canterbury, dem König je ein Kreuzzeichen auf den Kopf, auf die Brust und auf die Hände.

Um den modernen Gegebenheiten im Vereinigten Königreich Rechnung zu tragen, durften diesmal an dem Church-of-England-Megaevent auch Angehörige anderer Religionen als Statisten mitspielen. Allerdings keine Atheisten. Kein Wunder. Sie würden diese magische Inszenierung wohl kaum ernst nehmen können.

Staatsleistungen

Feudaler Stachel im Fleisch des säkularen Rechtsstaats

Die Trennung von Staat und Kirche in Deutschland wird von Verfassungsjuristen als „gemäßigt“ bzw. „hinkend“ beschrieben. Dieses „säkulare Hinken“ zeigt sich nirgendwo deutlicher als bei den Staatsleistungen an die Kirchen, verbunden mit dem politischen Versagen im Hinblick auf die seit mehr als hundert Jahren grundgesetzlich geforderte, aber bis heute nicht vollzogene Ablösung dieser Leistungen. Das Vorhaben der Ampelregierung, in der laufenden Legislaturperiode ein Rahmengesetz zu verabschieden, mit dem die Beendigung der Staatsleistungen eingeleitet werden soll, ändert nichts an der grundsätzlichen Problematik. Denn die eigentliche Ablösung muss auf Basis des Bundesgesetzes durch die Länder erfolgen und die diesbezüglichen Modalitäten sind umstritten.

Es ist mit einem zähen, langwierigen Prozess zu rechnen, während dessen die Zahlungen weiter fließen. Und die Beträge steigen jährlich sogar, da sie an die Beamtgehälter gekoppelt sind. Letztlich zeichnet sich auch eine insgesamt sehr hohe Ablösesumme – vermutlich im Bereich von mehreren Milliarden Euro – zugunsten der Kirchen ab. Diese von den Steuerzahler:innen zu tragende Entschädigung wäre dann die finale „Pointe“ zum Skandal um die Nichtbeachtung des Verfassungsgebots zur Beseitigung einer kostspieligen staatlichen Altlast, die ihren Ursprung in der Feudalzeit hat.

Die heutigen Ansprüche auf Staatsleistungen gehen auf Besitzübergänge zurück, bei denen kirchliches Vermögen in die Verfügungsgewalt der feudalen Fürsten gelangte. Dies geschah bereits während der Reformation und kulminierte im Rahmen der sogenannten *Reichsdeputation* mit ihrem

Hauptschluss im Jahr 1803. Die gemeinhin als *Säkularisationen* bezeichneten Vermögenstransfers liegen also bis zu 500 Jahre zurück und datieren damit aus einer Zeit, in der an ein Deutschland nicht zu denken war und das „Heilige Römische Reich“ einen Flickenteppich aus annähernd tausend selbstständigen Herrschaftsbereichen darstellte. Leibeigenschaft und Fronarbeit waren Kennzeichen dieser Zeit. Das System aus Klassen und Schichten, Besitzenden und Besitzlosen, war fest gefügt, kontrolliert durch die Feudalherren und stabilisiert durch die Kirchen. Während weite Bereiche der Gesellschaft ums tägliche Überleben kämpften, vermochten es viele Adelige, ihre Söhne und Töchter gutdotiert in Domkapitel, Abteien und Stifte zu vermitteln. Die reichsunmittelbaren geistlichen Fürsten waren ohnehin mehr am Machterhalt und -ausbau als an Seelsorge und Gemeindeleben interessiert. Stellvertretend für den

Christian Casutt studierte Informatik, Betriebswirtschaft und Business Marketing. Er richtete zwei Petitionen zur Ablösung der Staatsleistungen an den Landtag von Rheinland-Pfalz. Im Alibri Verlag erschien 2022 sein Buch *„Der Bischof zahlt der Staat“*. *Über die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen*.

Zeitgeist steht das „Morgenlied einer frommen Magd“ des Domherrn Friedrich Eberhard von Rochow, bei dem er sich sein „Dienstmädchen“ idealiter so vorstellt: „Im Feld, im Bett, im Stall, / Da soll ich fromm sein überall: / So will es Gott, der diese Nacht / Mich schützte, daß ich bin erwacht. [...] Kein Schaden soll durch mich geschehen. / Man soll mich niemals müßig sehn. / Mehrt sich durch mich der Herrschaft Gut, / So lohnt mir Gott, wenn sie's nicht thut.“¹

Die Reichsdeputation war der letzte Verwaltungsakt des 1806 untergehenden Reiches. Und obwohl hierbei die geistlichen Fürstentümer aufgelöst, die Vermögen der Domkirchen, Abteien und Klöster in weltlichen Besitz überführt wurden, war der Protest seitens der katholischen Kirche doch sehr verhalten. Denn es gab unzweifelhafte Vorteile aus der Neuorganisation. Das Reich mit seinen unzähligen kleinen und kleinsten Herrschaftsgebieten wurde auf dreißig selbstständige Einheiten reduziert. Die Versorgung des adeligen Nachwuchses mit lukrativen Positionen in den Domkirchen und Abteien wurde beendet. Der Humanist und Kirchenkritiker Johannes Neumann resümierte zutreffend: „Jetzt erst konnte ein effizientes Seelsorgesystem aufgebaut, konnten qualifizierte und engagierte Geistliche und Laien gewonnen werden, weil die Kirchen entfeudalisiert waren.“²

Für die Reformationszeit ist besonders aufschlussreich, wie sich die Vermögensübergänge von der alten Kirche in protestantischen Besitz vollzogen haben und mit welcher Sichtweise die evangelische Kirche auf Basis dieser Vorgänge bis heute Ansprüche an die Staatsleistungen erhebt. Zunächst waren im 16. Jahrhundert ehemals katholische Landesherren zum Protestantismus übergetreten und setzten sich selbst als oberste Kirchenleiter („Behelfs-Bischöfe“) ein. Das Kirchenvermögen wurde inventarisiert und unter fürstliche Verwaltung gestellt. Diese, von den Protestanten als „Sequestration“ bezeichneten Prozesse, führten keineswegs dazu, dass das Kirchengut in Gänze oder auch nur überwiegend anschließend für andere als kirchliche Zwecke eingesetzt wurde. Sicher gab es auch Umwidmungen von ehemals kirchlichem Vermögen zu anderen als geistlichen Aufgaben. Dass im Kontext der Reformation auch die meisten Klöster aufgelöst und deren Besitztümer vom Feudalstaat übernommen wurden, war keine Besonderheit in protestantischen Gebieten, sondern kam auch in katholischen Herrschaftsbereichen vor. Die monastische Tradition hatte sich bereits damals überlebt. Entscheidend war aber der Entzug der „römischen“ Oberaufsicht über das ehemals katholische Kirchenvermögen. Daher sprach man katholischerseits bezüglich dieser protestantischen Aneignung nicht nur von Säkularisation, sondern mitunter sogar von „Kirchenraub“.

Heute verwendet auch die evangelische Kirche, die im Zuge der Reichsdeputation praktisch unbehelligt geblieben war, mit Blick auf die Reformation wieder den Begriff der



Mit einer Buskampagne wiesen 2019 mehrere säkulare Organisationen auf den noch immer nicht erfüllten Verfassungsauftrag zur Abschaffung der Staatsleistungen hin. (Foto: © Daniela Wakonigg)

Säkularisationen, die zu ihren Lasten erfolgt seien. Und sie verweist damit besonders auf die seit damals veränderte Rolle der Pfarrer bzw. der neu eingesetzten protestantischen Pastoren, die nach Wegfall des Zölibats nicht mehr nur selbst, sondern zusammen mit einer Familie zu versorgen waren. Obwohl die Pfarrpfründen (Pfarrvermögen) im Grunde nicht geschmälert wurden, sei dies ohne „staatliche“ Unterstützung oftmals nicht zu leisten gewesen. Folgt man dieser „kreativen“ Argumentation, bliebe dann noch die Klärung der Frage, ob sich vielleicht auch der Landesherr als oberster Bischof selbst enteignet hatte.

Vor diesem Hintergrund und dem Umstand, dass der Urgrund der Staatsleistungen in der *vordemokratischen, feudalen Epoche* liegt, die seit mehr als zweihundert Jahren vergangen ist, fragt sich: Wie ist zu rechtfertigen, dass der säkulare demokratische Staat wegen eines Relikts aus der Feudalzeit – den so-

genannten Enteignungen der Kirchen – auch heute noch Zahlungen aus allgemeinem Steuergeld leistet?

Eine plausible Begründung lässt sich dafür nicht finden. Dass die Staatsleistungen bis heute weiter fließen, hat mehrere Ursachen. Trotz klaren Auftrags der Weimarer Reichsverfassung (Artikel 138 Absatz 1, Satz 1: „Die [...] Staatsleistungen werden [...] abgelöst.“) und Übernahme ins Bonner Grundgesetz, wurden nach 1919 weitere Konkordate und Kirchenverträge abgeschlossen, die stets auch die Fortführung der Staatsleistungen umfassten. Waren die Verträge in der Weimarer Zeit von Anzahl und Wert noch einigermaßen begrenzt – wobei man bereits über deren Verfassungskonformität trefflich streiten kann –, führte die Vertragsgestaltung in der Bundesrepublik nach 1949 und besonders nach 1990 zu einem Wildwuchs an Vereinbarungen – juristisch elegant als „Novationen“ bezeichnet – mit den

Kirchen. Diese waren den staatlichen Stellen an Dokumenten aus ihren alten Archiven *materiell* haushoch überlegen und konnten so für sich stets ein vertragliches Maximum erzielen. Dabei stellen die Verträge in den fünf östlichen Bundesländern, die über einen verschwindend geringen Anteil kirchlich gebundener Bevölkerung verfügen, ein besonderes Kuriosum dar. In all diesen Übereinkünften hat sich der Staat ohne Zweifel – sicherlich in „freundschaftlichem Geist“, aber erkennbar – „über den Tisch ziehen lassen“.

Die Hauptursachen für die heutige Situation im Kontext der *feudal induzierten* Staatsleistungen liegen in der über die Jahrhunderte eingeübten kirchlichen Interessenvertretung und in der Unfähigkeit der Politik, diese Vertretung als das zu sehen, was sie ist: profaner Lobbyismus in christlichem Gewand. Die Professionalisierung der Lobbyarbeit ist dabei soweit fortgeschritten, dass es oft keiner direkten Ansprache der Kirchen an die Politik bedarf, um ein Anliegen vorzubringen; die Politiker besorgen das „Lobby-Geschäft“ oft unaufgefordert selbst. Besonders gern wird dann, wenn ein Thema strittig erscheint, daran erinnert, welchen Wert die Kirchen für die Gesellschaft besitzen, mit ihren Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und ihrer Sozialarbeit, gleichgültig, ob diese großzügig staatlich finanzierten „Wohltaten“ etwas mit dem diskutierten Thema zu tun haben oder nicht. So leitete der SPD-Abgeordnete Lars Castellucci seine Rede anlässlich der Behandlung des Gesetzentwurfs zur Ablösung der Staatsleistungen in der letzten Legislatur mit den Worten ein: „Wir haben ganz konkret zu danken für jede Stunde Singen im Chor, für

jede Stunde Besuchsdienst, häufig bei Menschen, die sonst überhaupt keine Ansprache mehr haben.“³ Und die kürzlich bestellte Chef-Lobbyistin der EKD beim Bund, Anne Gidion, warnte im WDR-Interview im Zusammenhang mit der aktuellen Vorbereitung eines Bundesgesetzes vor den Folgen einer zu geringen Ablösesumme, sie sagte sinngemäß: „Wenn die Grundfinanzierung für den Dienst an der Gesellschaft, den die Kirchen leisten, weniger wird, dann wird auch der Dienst weniger.“⁴ Wohlgermerkt, es ging bei diesem Gespräch um eine derzeit in der Debatte befindliche Ablösesumme in Höhe von rund 11 Milliarden Euro.

Aber kann es wirklich wahr sein, dass sich der säkulare Rechtsstaat bei der Ablösung der Staatsleistungen, also beim Entfernen dieses „feudalen Stachels“, erneut von den Kirchen über-vorteilen lässt? Welchem Demokratieverständnis entspricht es, wenn in Hinterzimmern über Milliardenbeträge verhandelt wird, ohne die zahlende und mittlerweile nichtchristliche Bevölkerungsmehrheit zu informieren oder gar einzubeziehen? Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, dass der Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen nun endlich in einem dem Rechtsstaat adäquaten, transparenten und Steuergeld schonenden Verfahren zügig umgesetzt wird.

Anmerkungen

- 1 Bruno Preisendörfer: Als Deutschland noch nicht Deutschland war. Reise in die Goethezeit, 2. Aufl., Berlin 2015, S. 195
- 2 Johannes Neumann: Humanismus und Kirchenkritik. Beiträge zur Aufklärung, Aschaffenburg 2019, S. 97
- 3 Lars Castellucci im Bundestag, Plenarprotokoll 19/189 vom 5.11.2020, S. 23840
- 4 Anne Gidion im WDR-Interview, WDR 5 Morgenecho vom 4.2.2023

Was kann die Erweiterte Evolutionäre Synthese leisten?

Teil 9: Ein vorsichtiger Blick in die Zukunft

In den bisherigen Beiträgen wurden die Inhalte der Modernen Synthese (MS) sowie die der Erweiterten Synthese (ES) dargestellt. Zuletzt wurde diskutiert, welche Kriterien eine potenzielle Alternative erfüllen muss, um das Standardmodell ablösen zu können. Im letzten Teil der Serie soll es darum gehen, ob und wenn ja, welches der beiden konkurrierenden Theoriemodelle sich perspektivisch durchsetzen wird bzw. wie sinnvoll eine 'Wachablösung' der Modernen Synthese durch die Erweiterte Synthese aus Sicht des Autors ist.

Aus der Sicht der Vertreter der Erweiterten Synthese tragen die gegen Ende des vorigen Teils dieser Artikelserie aufgelisteten Einwände von Vertretern des aktuellen Standards, der Modernen Synthese, aus nachvollziehbaren Gründen nicht. Ein wichtiger Aspekt der Arbeiten der Vertreter der ES bestand schon immer in wissenschaftshistorischen und -theoretischen Untersuchungen der Entwicklung der Evolutionstheorie im Lauf der Zeit, in denen sich diese Autoren auf einschlägige Fachliteratur bezogen. Der Vorwurf, dass ein Zerrbild der MS gezeichnet wird, lässt sich daher, zumindest pauschal, nicht rechtfertigen.

Wenig relevant ist auch die Andeutung, dass die ES außerwissenschaftliche Auffassungen wie die Intelligent Design-'Theorie' unterstützen würde. Es trifft zwar zu, dass Intelligent Design-Vertreter mit Argumenten der ES gegen die Möglichkeit einer naturalistischen Evolution argumentieren, was aber

eher gegen den Willen deren Vertreter geschieht. Die Argumentation der Vertreter der ES erfolgt auf der Basis der üblichen Vorgehensweise der Naturwissenschaften.

Wesentlich gewichtiger ist die Behauptung, dass alle vorgeblichen Erweiterungen, die von der ES vorgeschlagen werden, im Konzept der MS schon, wenn auch meist unter anderen Bezeichnungen, berücksichtigt wurden, was durchaus auch zu Erweiterungen der Theorie geführt habe.

Aus der Sicht der ES ist das nicht geschehen. Die Grundpfeiler der ES, die in dieser Serie schon besprochen wurden, wurden von der MS nicht als Evolutionsfaktoren, sondern nur als mehr oder weniger bedeutsame Nebenaspekte angesehen, also nicht wirklich in das Theoriegebäude integriert.

Übereinstimmung zwischen Vertretern der beiden Theorien besteht darin, dass die MS von nur vier grundsätzlichen Evolutionsfaktoren ausgeht:

Thomas Waschke, geboren 1954, Studium der Biologie, Chemie und Informatik. Lehrer am Wilhelm von Oranien Gymnasium in Dillenburg. Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen Kreationismus und Intelligent Design.

Natürliche Selektion, Drift (das sind Veränderungen, die zunächst keinen Selektionswert haben, sie können sich zufällig in der Population ausbreiten), Mutation einschließlich Rekombination (neue Gene oder neue Kombinationen schon vorhandener Gene) und Genfluss (Austausch von Genen zwischen Populationen von Organismen, beispielsweise durch Zu- oder Abwanderung). Letztlich beeinflussen alle diese Prozesse die Ebene der Gene und sind der Grund dafür, warum die MS als 'genzentriert' beschrieben wird. Bis auf die Selektion handelt es sich um Zufallsprozesse, daher kommt der Selektion eine zentrale Rolle als einziger richtender Faktor zu (die MS ist 'selektionistisch').

Die Vertreter der ES erkennen diese Evolutionsfaktoren an, bestreiten aber, dass durch diese alle Phänomene der Evolution erklärt werden können, letztlich, weil die Ebene des Organismus und dessen Individualentwicklung, nicht beachtet wird. In der ES wird die MS dadurch integriert, dass die Grundpfeiler der ES als weitere Evolutionsfaktoren sozusagen den Input für die 'klassischen' Evolutionsfaktoren liefern. Darüber hinaus wird angenommen, dass Organismen die Möglichkeit haben, ihre Umwelt aktiv zu gestalten und die Selektion zu beeinflussen.

Einig sind sich beide Seiten auch darin, dass auf der Basis von experimentell ermittelten Daten argumentiert werden muss. Derartige Untersuchungen

wurden und werden von Vertretern der ES unternommen.

Wie kann durch Experimente entschieden werden, welche Theorie korrekt ist?

Das Verständnis der Ergebnisse der tatsächlich durchgeführten Experimente erfordert viel biologisches Fachwissen, das hier nicht vorausgesetzt werden soll. Zur Veranschaulichung der grundsätzlichen Methodik der Experimente wird daher ein einfaches technisches Beispiel betrachtet. Eine Klimaanlage hält die Temperatur in einem Raum konstant, obwohl sich die Temperatur in der Umgebung ständig ändert. Die gewünschte Raumtemperatur wird durch entsprechenden Einsatz einer Heizung und einer Kühlung erreicht. Die zu- oder abgeführte Wärmemenge lässt sich durch die Dauer der Aktivität des jeweiligen Elements bestimmen. Der regulierte Raum würde einem Organismus entsprechen, der sich an die Umwelt anpasst.

Aus der Sicht der MS wäre der Raum passiv der Umwelt ausgesetzt. In regelmäßigen Abständen wird die Raumtemperatur kontrolliert. Wenn diese beispielsweise unter dem gewünschten Wert liegt, muss die Heizung kurz eingeschaltet werden. Dadurch darf die Raumtemperatur aber nur um einen geringen Wert erhöht werden, weil sonst die Gefahr besteht, dass der Raum zu warm wird. Wenn als Reaktion dann eine starke Kühlung einsetzt, wird der gewünschte Wert weit unterschritten und so weiter. Es ist nicht zu erwarten, dass sich der gewünschte Wert jemals einstellt. Die Änderung darf daher nur in kleinen Schritten erfolgen, was dem Konzept des Gradualismus, einem



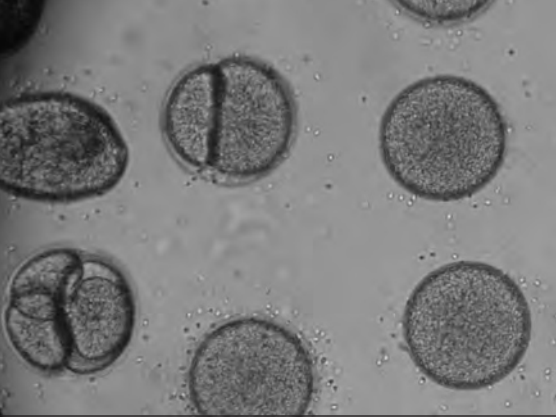
Die Moderne Synthese wird als 'genzentriert' beschrieben. (Foto: © Mahmoud Ahmed / pixabay.com)

zentralen Element der MS entspricht. Zudem ist das System dem Einfluss der Umgebungstemperatur unterworfen, ohne direkt darauf zu reagieren. Das entspräche dem Externalismus der MS.

Aus der Sicht der ES hingegen wäre der Raum aktiv in seine Umwelt eingebunden. Das System verfügt über einen Sensor, der die Außentemperatur misst und so die relative Leistung der Heizung oder der Kühlung anpassen kann. Wenn eine große Differenz zwischen der gewünschten Temperatur und der Umgebungstemperatur vorliegt, wird entsprechend stark gekühlt oder geheizt, es kann also sinnvoll sein, bei Bedarf auch eine große Änderung zu verursachen. Anstelle vieler kleiner Schritte reichen nur wenige größere aus. Dieses System ist den Auswirkungen der Umwelt nicht nur

passiv ausgesetzt, sondern reagiert in gewissem Sinn aktiv. Die Möglichkeit zu großen Schritten entspricht dem Konzept des Saltationismus, der der MS wesensfremd ist.

Angenommen, man würde auf einem fremden Planeten regulierte Räume finden. Aus irgendwelchen Gründen sei es nicht möglich, das System an sich zu untersuchen, man kann nur die Änderung der Temperatur messen. Dennoch könnte man darauf schließen, ob das System nach dem ersten Prinzip (nur Messung der Innentemperatur) oder nach einer komplexeren Methode arbeitet. Misst man immer nur kleine Veränderungen der Raumtemperatur, so spricht das eher für das erste Verfahren, misst man auch große, muss ein komplexeres System vorliegen.



Die Vertreter der Erweiterten Synthese bemängeln, dass bei der Modernen Synthese die Ebene des Organismus und dessen Individualentwicklung nicht beachtet wird. (Foto: © belindalampcc / pixabay.com)

Nach dieser Logik sind die Forschungsprogramme, die von der ES in Gang gesetzt wurden, aufgebaut. Zunächst wurden aus den zentralen Elementen der beiden Theorien Vorhersagen abgeleitet. Ein Beispiel wäre im Rahmen der MS die Forderung, dass alle Veränderungen in kleinen Schritten erfolgen müssen, während die ES davon ausgeht, dass auch große Veränderungen möglich sind. Durch Beobachtungen oder Experimente wird dann geklärt, welche der beiden Vorhersagen eintritt.

Die Vertreter der ES haben auf der Basis derartiger Überlegungen einen Vergleich der Vorhersagen der beiden Konkurrenten für verschiedene Bereiche erstellt. In einem zweiten Schritt wurden experimentelle Ansätze entwickelt, die es ermöglichen, zwischen den beiden Modellen zu unterscheiden oder zumindest Argumente für oder gegen ein Modell zu gewinnen. Wie schon beschrieben wurden die von der Templeton-Stiftung zur Verfügung gestellten Forschungsmittel dazu verwendet, derartige Experimente zumindest in Angriff zu nehmen. Die Ergebnisse konnten in üblichen Pub-

likationsorganen veröffentlicht werden, was bedeutet, dass diese Arbeiten und deren Interpretation von der Fachwelt als methodisch korrekt eingeschätzt wurden. Diese Ergebnisse waren aus der Sicht der ES zumindest ermutigend. Viele Projekte laufen weiter, auch weil weitere Förderungsmittel in Aussicht stehen.

Wird die ES neuer Standard?

Aktuell ist noch nicht abzusehen, welche Rolle die ES in Zukunft spielen wird. Auf der einen Seite existieren vielversprechende Ansätze auf unterschiedlichen Ebenen. Ein Rahmenkonzept ist nicht nur in Ansätzen zu erkennen und die neue Sicht auf die Evolution ist durchaus in der Lage, Erklärungen für Phänomene zu finden, welche im Rahmen der MS nicht möglich wären. Auf der anderen Seite muss die experimentelle Forschung, die auf diesen Modellen aufbaut, noch erweitert werden und weitere Befunde erbringen, welche im Rahmen der MS nicht erklärt werden können.

Schon jetzt hat sich gezeigt, dass es einfach nicht zutreffend ist, dass die von der ES angeführten Mechanismen schon in die MS integriert sind und es daher nicht gerechtfertigt sei, den Standard infrage zu stellen. Es gibt schon hinreichend aussagekräftige Befunde, die zeigen, dass bestimmte Phänomene, die teilweise in vorigen Beiträgen dieser Serie geschildert wurden, den Rahmen der Erklärung der MS sprengen und durch die umfassendere Sicht der ES besser erklärt werden können.

Sollten sich die theoretischen Annahmen umfassend durch die Daten erhärten lassen, hat die ES durchaus das Potenzial, den aktuellen Standard ab-

zulösen, was einer wissenschaftlichen Revolution entsprechen würde. Der MS wäre dann ein ähnliches Schicksal beschieden wie der Newton-Mechanik in der aktuellen Physik: Sie wäre zwar für einen bestimmten Teilbereich immer noch der Standard, kann aber viele wichtige Phänomene nicht erklären, für die dann die Konzepte einer umfassenderen Theorie zwingend erforderlich sind. Die Grundlagen des bisherigen Modells wären zumindest unvollständig, wenn nicht sogar falsch. Im genannten Beispiel aus der Physik waren das die bisher als gültig angenommene Absolutheit von Raum und Zeit, die Relativitätstheorie konnte aber zwingend zeigen, dass diese relativ sind.

Hinsichtlich MS würde das bedeuten, dass sich eine Evolutionstheorie nicht sinnvoll auf Betrachtungen auf der Ebene der Verteilung der Gene in Populationen im Lauf der Zeit formulieren lässt. Der zentrale Aspekt der MS würde so hinfällig, selbst wenn es immer noch Bereiche gäbe, in denen er gilt. Auch hier ist das Beispiel aus der Physik hilfreich: Für die meisten praktischen Berechnungen kann man problemlos die Formeln der Newton-Mechanik verwenden, obwohl es wichtige Ausnahmen gibt. Das würde dann auch für bestimmte Bereiche wie die Erklärung von Artbildung oder Anpassung gelten, aber nicht mehr für umfassendere Fragestellungen. Die MS hätte dann ihre Rolle als Standard verloren.

Plausibler ist, dass sich zeigen wird, dass den Mechanismen der MS, vor allem hinsichtlich der Bedeutung der Weitergabe von Genen, immer noch eine zentrale Rolle für die Erklärung der wichtigsten Phänomene in der Evolution, vor allem der Anpassung und der Artbildung,

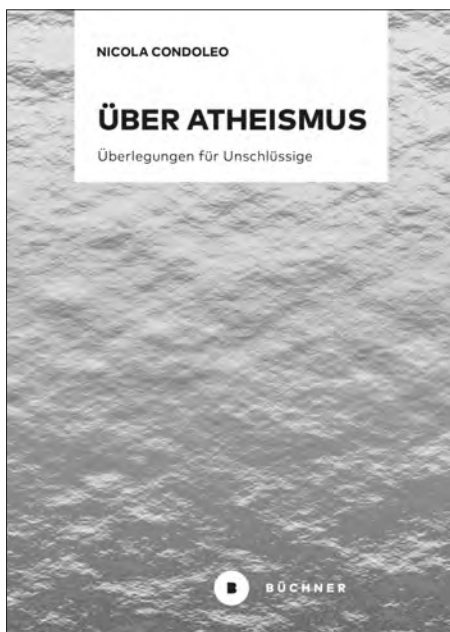
zukommt. Die zusätzlichen Mechanismen der ES müssten dann zwar berücksichtigt werden, aber mehr im Sinne eines Rahmens, in den mögliche Erklärungen einzubetten sind. In diesem Fall wäre die ES, wie auch ihr Name besagt, eine wichtige Erweiterung des bisherigen Standards. Erklärungen auf der Ebene der Weitergabe von Genen wären zwar immer noch zentral für die Erklärung der wichtigsten Phänomene, aber eben nicht mehr hinreichend, vor allem, wenn es um die Entstehung von Neuheiten geht. Die MS bliebe dann aber immer noch der Standard.

Die Zukunft wird zeigen, welche der beiden plausiblen Alternativen korrekt ist. Wichtig ist, dass die Entscheidung nur durch die Ergebnisse experimenteller Forschung nach allgemein anerkannten Regeln erfolgen kann.

Im Sinne des Bestrebens nach einem tieferen Verständnis der Prozesse in der Natur ist auf jeden Fall zu begrüßen, dass durch eine Gruppe von Forschern versucht wird, eine umfassendere Evolutionstheorie zu formulieren und zu testen. Auf jeden Fall sollte der neue Ansatz eine faire Chance bekommen und nicht durch irgendwelche sachfremden Überlegungen wie Status-Denken oder anderen eigenen Interessen behindert werden.

Rezension

Nicola Condoleo: Über Atheismus. Überlegungen für Unschlüssige. Marburg 2023, Büchner Verlag. 146 Seiten, Klappenbroschur, Euro 24.-, ISBN 978-3-96317-339-4



Ein im besten Sinne philosophisches Buch über Atheismus hat Nicola Condoleo vorgelegt. Dabei geht er davon aus, dass „in der heutigen gesellschaftlich-geschichtlichen Situation“ eine „Tendenz zum Atheismus“ notwendig ist, und entwickelt eine Religiositätskritik. Darunter ist die Ablehnung jeglicher Gläubigkeit zu verstehen, ohne das historische Erbe der Religionen zu übersehen. An die Stelle der Religionen tritt eine „sorgende“ Philosophie, die „alles Nötige“ biete, nur eben keine Erlösung.

Das Buch gliedert sich in (längere) „Überlegungen zum Unglauben“ und (kürzere) Ausführungen „Zur Praxis

des Unglaubens“. Der erste Teil bietet zahlreiche „Zugänge“ zu ganz unterschiedlichen Fragen, die mit dem Verlust des Glaubens einhergehen, und immer wieder kritische Perspektiven auf die Auswirkungen von Gläubigkeit. Die einzelnen Kapitel sind meist nur lose verbunden, wirken wie aneinandergereihte Essays; die Vielzahl der eröffneten Perspektiven erscheint dem Autor dabei offenbar wichtiger als ein abgeschlossenes Konzept.

Im zweiten Teil werden Ansätze sichtbar, wie die Bedürfnisse, die der Hinwendung vieler Menschen zur Religion zugrundeliegen, alternativ befriedigt werden können. Sich ein Leben lang von Religion leiten zu lassen, sieht Condoleo als „infantilen Zug“. Die Philosophie könne eine Rolle spielen, die Bedürftigkeit des Menschen nach Liebe und Wissen aufzufangen. Dazu müsste sie Teilhabe, Sinnstiftung, Existenzauslegung bieten – und im Bereich der „Sorge“ von den praktischen Erfahrungen der Religionen lernen.

Am Ende schreibt Condoleo ein paar Sätze über die „Losigkeit“ (wahrscheinlich ohne die Begriffsdebatten der säkularen Szene zu kennen). Das merkwürdig klingende Wort mache deutlich, dass da etwas fehle, dass mit dem Zweifel der Zutritt zum „sicheren Heim“ des Glaubens verwehrt sei. Aber dies, „das wäre nun wichtig ... weitet den Blick. Der Blick ist nicht weniger hoffnungsfroh. Allerdings, die Hoffnung hat sich sehr verändert.“

Gunnar Schedel

Internationale Rundschau

Europa

Deutschland

(5711) **Königswinter.** Bereits 2020 ist der Anteil kirchlicher Bestattungen bundesweit erstmals unter 50 Prozent gesunken. Nach einer Auswertung der Verbraucherinitiative *Bestattungskultur* wurden damals 489.664 (49,7 %) katholisch oder evangelisch begleitet. Im Jahr 2000 hatte dieser Anteil noch bei 71,5 % gelegen. Auch die Form der Bestattungen hat sich tiefgreifend verändert. Wurden vor 30 Jahren noch weniger als ein Drittel der Verstorbenen eingäschert, sind es heute 70 Prozent. (*Süddeutsche Zeitung*, 26.8.22)

Anm. MIZ-Red.: Dieser Wandel ist umso bemerkenswerter, als immer noch gut zwei Drittel der Verstorbenen einer der beiden Großkirchen angehörten. Demnach verzichtet also mehr als ein Viertel der verstorbenen Kirchenmitglieder auf eine kirchliche Bestattung. Um die Jahrtausendwende ging man von 20 Prozent bei den Protestanten und 10 bei den Katholischen aus.

(5712) **Köln.** Die Krise im Erzbistum Köln trifft auch die evangelische Kirche: Dem rheinisch-evangelischen Präses zufolge gab es „in und um Köln“ doppelt so viele evangelische Austritte wie andernorts. Die evangelische Kirche werde hier oft „in Mithaftung“ genommen.

Daher entschieden die Protestanten, in diesem Jahr keine gemeinsame Adventsvesper mit Woelki zu feiern. In typisch kirchendiplomatischer Art sprachen sie jedoch nicht von einer

Absage. „Vielmehr haben wir angeboten, ihn in anderer Form stattfinden zu lassen. Dieses Angebot hat im Erzbistum Köln allerdings keinen Widerhall gefunden“, so der Präses. (*Rheinische Post*, 17.12.22; *Tagesschau*, 19.12.22)

Inzwischen wurde allerdings bekannt, dass die Kirchenaustritte in Köln im Jahr 2022 gar nicht so stark gestiegen sind, weil sie schon im Vorjahr auffällig hoch lagen. Laut der Statistik des Amtsgerichts Köln stellen die 20.331 Austritte zwar einen neuen Höchststand dar, lagen aber nur um 959 (= 5,0 %) über dem bisherigen Rekordwert von 2021. Im Gesamtgebiet von Nordrhein-Westfalen ist der Trend hingegen viel deutlicher. So haben 2022 laut NRW-Justizministerium 223.509 Menschen ihre Kirchenmitgliedschaft aufgekündigt, was gegenüber den 155.322 in 2021 ein Plus von 43,9 Prozent darstellt. (*Kölner Stadtanzeiger*, 13. u. 27.1.23)

(5713) **Oldenburg/Köln.** Der katholische Theologe und Menschenrechtler Peter Kossen hat bei seiner Kirche eine Unfähigkeit zur Veränderung diagnostiziert. „Sie verwechselt Realitätsverweigerung mit Standhaftigkeit, Rechthaberei mit Treue, Verschlagenheit mit Macht“. Es werde keine lineare Weiterentwicklung in eine reformierte katholische Kirche geben. „Diese Kirche ist nicht reformierbar!“ Eine Wende sei nur durch Auflösung und Krise möglich. (*Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung der Erzdiözese Bamberg, 18.12.22)

Bei einer *Forsa*-Umfrage zum Vertrauen der deutschen Bevölkerung in diverse Institutionen hat die katholische Kirche einen neuesten Tiefststand erreicht. Etwas besser schnitt die evangelische Kirche ab, der etwas mehr

„Modernitätsnähe“ bescheinigt wurde. Allerdings erreichte auch sie einen neuen Tiefpunkt im öffentlichen Vertrauen. (*Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung des Erzbistums Bamberg, 5.2.23)

(5714) **Trier/Osnabrück/Eichstätt.** Die Aufdeckung von bischöflicher Vertuschung vergangener Straftaten reißt nicht ab. Verantwortliche im Bistum Trier, so berichtete die UAK (Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs im Bistum Trier), hätten über Jahrzehnte hinweg Missbrauch durch Priester vertuscht und die Täter inner- wie außerhalb des Bistums versetzt, um sie vor strafrechtlicher Verfolgung zu bewahren. Dasselbe stellte eine Kommission beim Eichstätter Altbischof Brems fest, der einem per Haftbefehl gesuchten Täter sogar direkt bei der Flucht vor der Polizei geholfen und ihm auch später noch das Gehalt bewilligt habe, obwohl er in Deutschland gar nicht mehr tätig sein konnte. Der Osnabrücker Bischof Bode, der angeblich zunächst einen guten Ruf als Aufklärer und Reformers genossen haben soll, sieht sich selbst, eigenen Worten zufolge, nach dem Zwischenbericht seiner Bistumskommission erheblich kompromittiert und bewertet das Vertrauen in seine Person als erschüttert. „Selbst Priester fragen mich: Warum treten Sie nicht zurück?“

Gleichzeitig melden sich immer neue Opfer sexueller Übergriffe von Priestern, sodass die bisher bekannten Zahlen in praktisch allen Diözesen nach oben korrigiert werden müssen. (*Süddeutsche Zeitung*, 26.8., 24.11. u. 27.12.22; *Heinrichsblatt*, 18.12.22; *Augsburger Allgemeine*, 14.1.23)

(5715) **München.** Einer Umfrage der *Deutschen Presse Agentur (dpa)* zufolge traten in Bayern 2022 deutlich mehr Menschen aus der Kirche aus als im bisherigen Rekordjahr 2021. In den fünf größten Städten München, Nürnberg, Augsburg, Ingolstadt und Regensburg verließen im gesamten Jahr 2021 rund 33.000 Katholiken und Protestanten ihre Kirche. In 2022 waren es hingegen schon bis zum 15. Dezember rund 43.000, sodass insgesamt mit einem Anstieg um ein Drittel zu rechnen ist. Laut *dpa* ist die Tendenz deutschlandweit „ähnlich“. (*Augsburger Allgemeine*, 24.12.22)

Anm. *MIZ*-Red.: Nebenbei ließ die Umfrage mit den Zahlen für 2021 einen weiteren interessanten Aufschluss zu: Die genannten fünf Großstädte repräsentieren mit zusammen rund 2,7 Millionen Einwohnern etwas mehr als ein Fünftel der bayerischen Bevölkerung, auf sie entfielen ziemlich genau ein Viertel der Austritte. Damit ist die Austrittsquote in Großstädten zwar geringfügig, aber keineswegs (mehr) signifikant höher als in Kleinstädten oder auf dem flachen Land.

(5716) **Memmingen.** Bei sexuellem Missbrauch von Kindern erhalten Priester nicht nur von Bischöfen gelegentlich Rückendeckung, sondern mitunter auch von staatlichen Gerichten eine besonders milde Behandlung.

Ein heute 62-jähriger ehemaliger Internatsleiter des Mindelheimer Maristenkollegs war wegen diverser Sexualdelikte schon zweimal verurteilt worden, aber jeweils nur zu Bewährungsstrafen. Nun sah es das Amtsgericht Memmingen in einem weiteren Fall als erwiesen an, dass der Ordenspriester früher einen 13-jähri-

gen mehrmals sexuell missbraucht und einen 17-jährigen sexuell genötigt hatte. Beides hatte der inzwischen ausgeschiedene Maristenfrater gestanden, sich aber zum schwerwiegendsten Tatvorwurf, der mehrfachen Vergewaltigung eines damals 15-jährigen, nicht geäußert. In diesem Fall nahm das Gericht an, dass es sich bei dem Opfer um „Scheinerinnerungen“ gehandelt haben könnte, während die Staatsanwaltschaft eine dreieinhalb-jährige Haft forderte. Der betroffene Nebenkläger forderte überdies einen Austausch der kirchlichen Ansprechpartner für Missbrauchsopfer, weil sich gezeigt habe, dass die jetzigen den Maristen zu nahe stünden. Das Gericht verhängte schließlich – bei Wiederholungsstätern äußerst ungewöhnlich – erneut nur eine Bewährungsstrafe, was fast alle Betroffenen geradezu als Hohn empfanden. (*Süddeutsche Zeitung*, 20.1.23; *Augsburger Allgemeine*, 20. u. 21.1.23)

(5717) **Hannover.** Anlässlich des Jahrestags des Überfalls Russlands auf die Ukraine hat die *Evangelische Kirche Deutschlands (EKD)* dazu aufgerufen, blaue Korn- und gelbe Sonnenblumen zu säen um damit den Frieden in der Ukraine herbeizuführen. Allerdings ist der *EKD*-Führung bewusst, dass dies allein nicht ausreicht. Ohne ein bisschen religiöses Brimborium und eine Portion Geschäftssinn geht es nicht: „Zu der bundesweiten Aktion gehört ein Gebet zum 1. Sonntag der Passionszeit, am 26. Februar 2023, sowie die Bitte um Spenden“ – natürlich an die evangelische Kirche oder ihre Partner. (Newsletter der *EKD* vom 27.1.23).

(5718) **Berlin.** Auch in der Bundeshauptstadt verlieren die evangelische und die katholische Kirche immer mehr Mitglieder. Nun teilte die Berliner Senatsverwaltung für Justiz mit, dass allein zwischen Januar und September 2022 rund 18.000 Berlinerinnen und Berliner aus eine der beiden Kirchen ausgetreten sind, darunter knapp 9.500 aus der evangelischen. Diese hat nur noch eine halbe Millionen Mitglieder in der Hauptstadt, das katholische Bistum noch knapp 300.000.

Der Gesamtanteil der Kirchenmitglieder an der Bevölkerung sank seit 2019 von gut 24 auf nur noch 20,5 Prozent zum Jahresende 2021, liegt aber inzwischen bei etwa 19 Prozent. (*rbb24 Inforadio*, 31.1.23; *MIZ*-Recherchen)

Anm. *MIZ*-Red.: Die jüngste Senatswahl in Berlin belegt allerdings, dass die Wahl einer sich als christlich bezeichnenden Partei auch für Konfessionsfreie nicht immer ein Tabu ist. Zwar verzeichnete die CDU bei Kirchgängern und Muslimen ein deutlich besseres Ergebnis, aber auch bei Konfessionsfreien lag sie noch vor SPD und Grünen.

(5719) **Essen.** Das Bistum Essen verzeichnet wesentlich mehr von sexualisierter Gewalt Betroffene und auch Täter als bisher bekannt. Das geht aus einer aktualisierten Studie hervor, die das Münchner *Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP)* in Kooperation mit dem Berliner *Institut für Bildung und Forschung* erstellte. Die bisherige aus dem Jahr 2018 ging von nur 60 beschuldigten Geistlichen und 85 Opfern aus. Jetzt verzeichnen die Ermittler mindestens

423 Fälle mit 201 Beschuldigten im Kirchendienst, darunter 129 Priester und 19 Ordensfrauen.

Die genannten Ursachen sind nicht neu. Der Pfarrer als geweihter Mann werde idealisiert, so die Experten der Forschungsinstitute. Betroffene seien sozial ausgegrenzt und ihr Leid auch seitens der Gemeinde geleugnet worden. Bistumsverantwortliche hätten die Gemeinden oft im Unwissen gehalten. Selbst der aktuelle Bischof räumte ein: „Es wurde viel vertuscht, kleingeredet, durch Versetzungen und Lügen auch verheimlicht. Und es ist den Betroffenen unglaubliches Unrecht widerfahren.“ Der Generalvikar forderte überdies, die Glorifizierung des Ruhrbistums zu beenden, das immer wegen seiner angeblichen Bodenständigkeit idealisiert worden sei. (KNA, 14.2.23)

Anm. MIZ-Red.: Die Studie unterscheidet sich in Vielem nicht von denen anderer Bistümer, aber sie wird hier besonders erwähnt, weil sie dokumentiert, in welchem Umfang immer neue Sexualdelikte von Klerikern ans Tageslicht kommen. Nach heutigem Stand ist davon auszugehen, dass auch in Deutschland nicht fünf, sondern – wie in anderen katholischen Ländern auch – wenigstens sieben Prozent aller Priester Sexualstraftäter waren.

(5720) **München.** Die Stadt München musste die schwerreichen „Armen Schulschwestern“ per Verordnung zu einer sozialeren Wohnbaupolitik zwingen. Der Orden plante rund um sein ehemaliges Kloster den Bau von über 50 Luxuswohnungen, die er in Giesing zu Höchstpreisen hätte vermarkten können. Nun müssen die Schwestern 40 Prozent davon als geförderte Sozialwohnungen anbieten

- auch gegen den Widerstand von CSU, Freien Wählern und FDP. (Süddeutsche Zeitung, 16.2.23)

(5721) **Augsburg.** Die Zahl der Kirchengaustritte hat offenbar auch in den ersten beiden Monaten des neuen Jahres kaum abgenommen. Die Zwischenstände in Augsburg, München und Nürnberg legen jedenfalls nahe, dass der Rekord des Jahres 2022 nicht ganz erreicht werden dürfte, aber der zweithöchste jemals erreichte Wert zu erwarten ist. Bereits im zweiten Halbjahr 2022 war es zu einem ganz geringen Abschwung gekommen. (Recherchen der MIZ-Redaktion)

Großbritannien

(5722) **London.** Die Labour-Partei in Großbritannien will im Falle eines (nach aktuellen Umfragen sehr wahrscheinlichen) Wahlsiegs 2025 eine Verfassungsreform in die Wege leiten und das altehrwürdige Oberhaus abschaffen. Oppositionsführer Starmer nannte die Kammer nicht mehr zeitgemäß. Die Labour-Pläne sehen demnach vor, das House of Lords durch eine gewählte Parlamentskammer zu ersetzen.

Derzeit besteht das Oberhaus – eine der beiden Parlamentskammern in London – aus politischen Mandats-trägern, Adligen mit vererbtem Titel und Bischöfen der Kirche von England. Da die zweite Kammer „kleiner, repräsentativer und demokratischer“ sein soll, ist eine Streichung der angestammten Sitze für Adlige und die anglikanische Kirche vorgesehen.

Prompt protestierten die 26 Bischöfe und Erzbischöfe der englischen Staatskirche *Church of England*, deren Sitz im Parlament an ihr geistliches Amt gebunden ist, gegen ihre Entmachtung

im Staatsapparat. Das Vereinigte Königreich ist unter den westlichen Demokratien das einzige Land, das Vertretern religiöser Gruppen automatisch Sitze in der Legislative einräumt. 2021 ergab eine Umfrage, dass die meisten Briten der Meinung sind, die Bischofsbank im Oberhaus solle abgeschafft werden. „Die Bischofsbank hat keinen Platz in einer modernen Demokratie – schon gar nicht in einem weitgehend nicht-religiösen und religiös vielfältigen Land, in dem die Christen heute in der Minderheit sind“, erklärte die *National Secular Society*. „Der Widerstand der Bischöfe gegen die Pläne für eine demokratischere zweite Kammer zeigt, wie selbstsüchtig die *Lords Spiritual* sind.“ Nach den Plänen der Labour-Partei ist es indes kaum vorstellbar, dass die Bischofsbank Teil der Legislative bleiben könnte, denn „sie ist eine der archaischesten, undemokratischsten und am wenigsten legitimierte Gruppierungen im Oberhaus“. (BBC, 4.12.22; Tagesschau, 5.12.22; Humanistischer Pressedienst, 11.1.23)

(5723) **London.** Laut dem jüngsten Zensus sank der Anteil der Christen in Großbritannien binnen eines Jahrzehnts von 59 auf 46 Prozent. Acht Millionen gaben sogar ausdrücklich „no religion“ an. Sie stellen damit in England die zweitgrößte, in Wales sogar die größte weltanschauliche Gruppe. Polly Toynbee, Chefkometatorin des *Guardian* und gleichzeitig auch Vizepräsidentin der *Humanists UK*, geht von einer weitaus höheren Zahl von tatsächlichen Atheisten aus, da sich viele als „Kulturchristen“ definieren, ohne

auch nur den geringsten religiösen Glauben zu haben. (*Guardian*, 24.12.22)

(5724) **London.** Nach kontroverser Debatte hat die Generalsynode der anglikanischen Kirche beschlossen, an der traditionellen Ehe von Mann und Frau festzuhalten. Um sexuell anders Orientierte nicht zu verlieren, sollen sie auf andere Weise willkommen heißen werden. Die Abstimmung fiel knapp aus, denn 177 von 399 stimmten gegen diesen Kompromiss, der ihnen teils zu weit, teils nicht weit genug ging. (KNA, 9.2.23)

Griechenland

(5725) **Athen.** Der prominente griechische Schriftsteller, Kirchenkritiker und Politiker Petros Tatsopoulos wurde festgenommen, nachdem er auf einer Veranstaltung der Buchhandlung *Free Thinking Zone* zum Thema Religion und Erziehung gesprochen hatte. Grund war eine Klage des Fernsehmoderators Kambouris, der auch Kandidat der rechtspopulistischen Partei *Elliniki Lysi* (Griechische Lösung) ist, wegen angeblicher Verleumdung, Beleidigung seines Glaubens und Verletzung seiner Religionsfreiheit. Nachdem Kambouris bei einem Klosterbesuch behauptet hatte, Schutzpatron Ephraim habe ein Wunder vollbracht, das ihm nach einem Schlaganfall 2020 das Leben gerettet habe, merkte Tatsopoulos nämlich an, Kambouris nutze den weitverbreiteten Wunderglauben aus, um Wählergunst zu gewinnen. Nach Intervention der Staatsanwaltschaft wurde Tatsopoulos wieder aus der Haft entlassen. (*Eka-thimerini*, 31.1.23)

(5726) **Haarlem.** 19 niederländische Frauen zwischen 62 und 91 Jahren beschuldigen einen Orden, sie hätten jahrelang in Klöstern Zwangsarbeit leisten müssen und seien „in industriellem Ausmaß“ missbraucht worden.

Der Rechtsstreit vor dem Bezirksgericht Haarlem betrifft etwa 15.000 niederländische Mädchen im Teenageralter, die von 1951 bis 1979 in diversen Klöstern im ganzen Land von den „Schwestern vom Guten Hirten“ beaufsichtigt wurden. Die Klägerinnen sagten aus, dass sie als „gestörte Teenager“ vom Orden aufgenommen wurden und oft stundenlang an sechs Tagen in der Woche arbeiten mussten, um Stoffe zu nähen, die mit Gewinn verkauft wurden, in Wäschereien zu schufden oder zu bügeln.

„Der Orden ist verantwortlich für die Verletzung eines der grundlegendsten Menschenrechte, die wir kennen: das Verbot von Zwangsarbeit oder Arbeitszwang“, sagte ihre Anwältin Liesbeth Zegveld. „Angeblich tat der ‘Orden des Guten Hirten’ der Gesellschaft, der Regierung und den Mädchen einen Gefallen, indem er den so genannten ‘gefallenen Frauen’ ein Zuhause gab. In Wirklichkeit sperrte er Hunderte von Frauen ein und zwang sie zur Arbeit“, so Zegveld.

Sechs Frauen sagten am Freitag aus. Eine von ihnen erklärte den Richtern, sie sei zu einem „Roboter geworden, der jede Anweisung der Ordensfrauen befolgt und Tag für Tag ohne Pause arbeitet“. „Wenn ich sterbe und in der Hölle lande, werde ich keine Angst haben, denn ich war bereits in der Hölle“, sagte eine andere Frau.

Die Anwälte der Klägerinnen erklärten in den Gerichtsunterlagen, ihre

Klientinnen gehörten zu „Tausenden von jungen Frauen in verschiedenen Ländern, die durch den Orden schwer missbraucht wurden, indem sie Zwangsarbeit in industriellem Ausmaß verrichten mussten“.

Die Anwälte des Ordens wiesen die Anschuldigungen zurück und argumentierten, dass die Methode der Ordensfrauen „außerhalb des Kontextes der damaligen Zeit gesehen wird“. „Es war keine Rede von physischer oder psychischer Misshandlung, nur weil man sie zur Arbeit aufforderte“, meinte eine ihrer Anwältinnen, da Arbeit damals als vernünftige Methode der Rehabilitation angesehen wurde. Und „keine der Klägerinnen hat individuell bewiesen, wie sie missbraucht wurde“, sagte sie den Richtern. Außerdem sei die Klage in jedem Fall ungültig, da sie außerhalb der Verjährungsfrist von fünf und 20 Jahren für bestimmte zivilrechtliche Ansprüche liege.

Ein Urteil wird für Mitte April erwartet. (*Vatican News*, 18.2.23)

Österreich

(5727) **Wien.** Auch in Österreich hat die Zahl der Kircheng Austritte ein neues Rekordhoch erreicht. 90.808 Personen haben laut der vorläufigen Kirchenstatistik 2022 die katholische Kirche verlassen. Das waren 4848 mehr als beim bisherigen Höchststand 2010 und 18.586 mehr als 2021. Die Zahl der Katholiken schrumpfte gegenüber dem Vorjahr von 4,83 Mio. auf 4,73 Mio. Da die (vorläufig errechnete) Bevölkerungszahl von 8,93 auf 8,98 Millionen stieg, fiel demnach der Katholikenanteil von 54,1 auf 52,6 Prozent. Noch stärker geht allerdings seit Jahren die Zahl der Priester zurück, die allein in 2021 um 2,9 Prozent

sank. Hauptgrund ist hier die starke Überalterung des Klerus und das geringe Interesse der jungen Generation an geistlichen Berufen. Nach der österreichischen Jugendstudie von 2020 glauben selbst unter den getauften und als christlich eingestuften Jugendlichen nur 30 Prozent an „Gott oder etwas Göttliches“. (*Austria Presse Agentur*, 11.1.23)

Bei den drei evangelischen Kirchen (Augsburger und Helvetisches Bekenntnis sowie methodistisch) lag der Prozentsatz der Austritte mit 2,2 sogar noch höher als bei den Katholiken. Ihnen gehören nur noch 265.127 Personen an (2,9% der Bevölkerung). Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Schwund von rund 7000 Mitgliedern, davon sind rund 6000 durch Kirchenaustritte verursacht. Bemerkenswert ist dieser Schwund umso mehr, als die Evangelischen in Österreich 2022 keine größeren Affären produziert haben – anders als die Katholiken. Dies bestätigt die europaweite Beobachtung von Religionssoziologen, dass die Kirchen auch ohne Skandale an Anziehungskraft verlieren. (*Humanistischer Pressedienst*, 31.1.23)

Portugal

(5728) **Lissabon.** Nach einer Welle der Empörung haben die Organisatoren des katholischen Weltjugendtags, der vom 1. bis 6. August in Lissabon stattfinden soll, die Kosten für die Altarbühne deutlich gesenkt. Das Konstrukt soll nun nicht mehr fünf Millionen Euro kosten. Laut Bürgermeister Moedas wird das (von der Kommune finanzierte) Budget auf 2,9 Millionen gekürzt.

Dies ist allerdings bei weitem nicht die einzige öffentliche Subvention. Noch vor einigen Monaten waren 36,5 Millionen Euro Staatszuschuss vorgesehen. Insgesamt belaufen sich die Kosten für den Weltjugendtag Schätzungen zufolge auf etwa 160 Millionen Euro, die sich Kirche, Regierung und Kommunen teilen wollen. Zuletzt ist in Portugal aber eine Debatte über die Finanzierung entbrannt. Säkular gesinnte Politiker fragten, warum sich der Staat überhaupt an den Kosten einer religiösen Gruppe beteiligt. Nun soll der staatliche Anteil auf 30 Millionen reduziert werden, was den Präsidenten der Weltjugendtags-Stiftung, Weihbischof Aguiar aus Lissabon, zu der Aussage veranlasste „Ich gestehe auch, dass mich die Zahl [30 Millionen Euro vom Staat] schmerzt“. Er stimmte schließlich aber den Kostensenkungsplänen zu. (*KNA*, 30.1.23; *Heinrichsblatt*, 19.2.23)

Anm. *MIZ*-Red.: In Portugal sind rund 85 Prozent katholisch getauft, doch nimmt auch hier der Anteil junger Menschen zu, der sich von Religion abwendet. In einer Umfrage von 2020 erklärten nur mehr 47 Prozent, dass Religion für sie wichtig sei. Formell gibt es seit der republikanischen Revolution 1910 eine Trennung von Staat und Kirche, doch sicherte sich die katholische Kirche durch Konkordate zahlreiche Privilegien. Ob sie Religion in den Schulen anbieten darf, ist strittig; ein offizielles staatliches Fach ist es jedoch nicht. Nach dem Sturz der Salazar-Diktatur wurde 1976 der Laizismus in die Verfassung aufgenommen. Wie die aktuelle Diskussion zeigt, ist er aber noch nicht in der Realität angekommen.

(5729) **Lissabon.** Erstmals fand in Portugals katholischer Kirche eine Missbrauchs-Untersuchung durch eine angeblich unabhängige Kommission statt. Das Ergebnis: 512 validierte Zeugenaussagen, eine Mindestzahl von 4815 Opfern in 70 Jahren und ein Durchschnittsalter von 11,2 Jahren bei von Missbrauch Betroffenen. Heute ist immerhin noch ein Fünftel der Opfer unter 40 Jahre alt, das Durchschnittsalter liegt bei 52 Jahren. In 27 Prozent aller Fälle hat der Missbrauch länger als ein Jahr gedauert. Einige Fälle haben „epidemische Ausmaße“ erreicht, heißt es in dem Bericht.

Der Vorsitzende der Kommission räumte bei der Vorstellung des Abschlussberichts ein, dass es massive Hinweise auf einen weit größeren Opferkreis insbesondere zwischen 1960 und 1990 gibt. Ganze 25 Missbrauchsfälle wurden der Staatsanwaltschaft übermittelt, nur vier Prozent der Opfer haben jemals Anzeige erstattet. Viele von ihnen hatten sich aber nach eigener Aussage von der Kirche als Institution entfernt und erwarteten eine „Entschuldigung“. Nur noch ein Viertel bezeichnete sich als praktizierend katholisch. Unter den Betroffenen gab es mindestens sieben bestätigte Fälle von Suizid.

Die Zahl der Sexualverbrecher wurde nicht genannt, aber eine Liste mit den Namen aller mutmaßlichen Täter, die noch als Geistliche aktiv sind, wird bis Ende des Monats der Kirche und den Behörden übergeben. Die Bischofskonferenz Portugals will sich zeitnah treffen, die bisher angebotene finanzielle Entschädigung wurde von Opfern und ihren Sprechern empört zurückgewiesen. (*ecclesia.pt* [Organ der portugiesischen Bischofskonferenz], 13.2.23; *Vatican News*, 14.2.23)

Schweiz

(5730) **Chur.** Bischof Bonnemain von Chur erwägt die Wiederbelebung des Exorzismus in seinem Bistum. Der letzte Priester, der diese Funktion ausübte, war 2020 gestorben. Im vergangenen November hatte der Bischof, der auch Arzt ist, die Ansicht vertreten, dass es sich „bei vielen Fällen“ um psychologisches Unbehagen und nicht um eine dämonische Besessenheit handle. Nun erinnerte er aber auch an die „Bedeutung von Ritualen für die Menschen“, womit er auf das Ritual der Teufelsaustreibung anspielte. (Interview mit *Radio Svizzera Italiana*, 16.1.23; *cath.ch*, 17.1.23)

Slowenien

(5731) **Ljubljana.** Die katholische Kirche Sloweniens möchte ihren Einfluss auf die Staatsführung verstärken. Dazu trafen alle acht Bischöfe des Landes den Regierungschef und Vorsitzenden der grün-liberalen „Freiheitsbewegung“ Robert Golob zu einem Meinungs austausch „über aktuelle Themen“. Vorrangig ging es um die Staat-Kirche-Beziehungen und das bevorstehende 30-Jahr-Jubiläum der Slowenischen Bischofskonferenz, das einen säkularen Staat eigentlich gar nichts angeht. Was konkret besprochen wurde, blieb zunächst geheim, doch gaben Kirche und Regierung nach dem Treffen gleichlautende Pressemitteilungen heraus. Golob betonte demnach die Bedeutung des regelmäßigen Dialogs mit den Kirchenvertretern.

Erst kurz vor Weihnachten war Sloweniens Regierungschef vom Papst in Audienz empfangen worden und hatte das Wirken der slowenischen Kirche für die Gesellschaft des Landes gelobt. Damals wurde vereinbart, „die

Zusammenarbeit auf Feldern auszubauen, die von beiderseitigem Interesse sind“. (*kathpress*, 12.1.23)

Spanien

(5732) **Madrid.** Kurz vor Jahresende 2022 traten vier neue spanische Verfassungsrichter ihr Amt an. Nach neun Jahren hat das Verfassungsgericht damit zum ersten Mal wieder eine „progressive“ Mehrheit, die der regierenden Linken zuneigt. Jetzt gehören dem Gericht sieben „progressive“ und vier konservative Richter an; eine Stelle ist noch vakant. Zugleich wächst der Anteil der Frauen. In den mehr als 40 Jahren seines Bestehens gab es in Spanien bisher nur elf Verfassungsrichterinnen, niemals waren es mehr als zwei auf einmal. Künftig sind es fünf. Die neue Mehrheit wird mindestens bis zum Ende des Jahrzehnts bestehen, wenn regulär die nächsten Richter bestimmt werden.

Die neue Zusammensetzung des Gerichts wird sich auf wichtige Urteile auswirken. Das Verfassungsgericht muss unter anderem über Klagen gegen das Abtreibungsrecht – siehe die folgende Meldung – und die neuen Gesetze zur Sterbehilfe und der Schulreform entscheiden. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.1.23)

(5733) **Madrid.** Das spanische Parlament hat mit 185 Ja- gegen 154 Nein-Stimmen ein neues Abtreibungsgesetz beschlossen. Anlass gab die Bestätigung des 2010 unter der Regierung von José Luis Zapatero verabschiedeten Gesetzes über Abtreibung mit einer Fristenregelung bis zur 14. Schwangerschaftswoche durch das spanische

Verfassungsgericht. Es wies die schon damals von der konservativen Volkspartei eingelegte Berufung und einen zwischenzeitlich vorgeschlagenen Gesetzesentwurf zurück. Damit war der Weg frei für die endgültige Beschlussfassung des neuen Abtreibungsgesetzes. Dessen Eckpunkte sind unter anderem die garantierte Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen an öffentlichen Spitälern und die Aufhebung einer bisher notwendigen Genehmigung der Eltern bei Abtreibungen von Müttern im Alter von 16 und 17 Jahren. Ärzte dürfen aus Gewissensgründen die Mitwirkung an Schwangerschaftsabbrüchen verweigern. Mit dem Gesetz werden die reproduktiven Rechte auf alle „schwangerschaftsfähigen Transsexuellen“ ausgedehnt – somit auch auf Personen, die ihr Geschlecht geändert, aber ihre weiblichen Geschlechtsorgane behalten haben. Zu weiteren Maßnahmen zählt eine Arbeitsbefreiung bei Menstruationsstörungen.

Die katholische Kirche organisierte nach der Annahme zusammen mit kleinen Religionsgemeinschaften Kundgebungen und Protestresolutionen, die am Ergebnis allerdings nichts änderten. (*kathpress*, 16.2.23)

Ukraine

(5734) **Kiew.** Die der Ukraine treue „Orthodoxe Kirche der Ukraine“ hat im Oktober 2021 ihren Diözesen ganz offiziell erlaubt, das Weihnachtsfest aus politischen Gründen vom 6./7. Januar auf den 25. Dezember zu verlegen, denn auch hier soll nichts

mehr an die Tradition der Russisch-Orthodoxen Kirche erinnern. Die dem Moskauer Patriarchat nahestehende „Ukrainisch-Orthodoxe Kirche“, die sich nach Kriegsbeginn zwar von der russischen Mutterkirche losgesagt hatte, aber immer noch als kremltreu gilt, will weiterhin an der Terminierung der Ostkirchen festhalten. (*Süddeutsche Zeitung*, 5.1.23)

Anm. MIZ-Red.: Zu allem Überfluss gibt es auch noch die bereits 1596 entstandene „Ukrainisch-katholische Kirche“, die zwar weitgehend die traditionelle Liturgie der Orthodoxen beibehalten hat, aber den Papst als religiöses Oberhaupt anerkennt. Ihr gehören gut eine Million Ukrainer (8 %) an. Da sie sich aber am gregorianischen und nicht am julianischen Kalender orientiert, fiel für sie das Weihnachtsfest schon von Anfang an auf den weltweit üblichen Termin.

Vatikan

(5735) **Vatikanstadt.** Der Vatikan hat der Einrichtung eines „Synodalen Rates“ in der deutschen Kirche eine definitive Absage erteilt. In einer Antwort auf Anfrage mehrerer Bischöfe stellte der Heilige Stuhl klar, „dass weder der Synodale Weg noch ein von ihm eingesetztes Organ noch eine Bischofskonferenz die Kompetenz haben, den ‘Synodalen Rat’ auf nationaler, diözesaner oder pfarrlicher Ebene einzurichten“. Daher können Bischöfe auch nicht verpflichtet werden, an solchen unverbindlichen Treffen wie dem Synodalen Weg überhaupt teilzunehmen.

Der Papst hatte das Schreiben „in forma specifica“ gebilligt und seine Übermittlung angeordnet. Darin

wird auch an ein Schreiben vom 21. Juli 2022 erinnert, dass der Synodale Weg „nicht befugt“ sei, „die Bischöfe und die Gläubigen zur Annahme neuer Formen der Leitung und neuer Ausrichtungen der Lehre und der Moral zu verpflichten“. Kommentatoren innerhalb wie außerhalb der Kirche waren sich angesichts der ungewöhnlichen Deutlichkeit einig, dass damit die Reformbemühungen eines Teils der deutschen Katholiken endgültig gescheitert sind. (*Vatican News*, 25.1.23; *Augsburger Allgemeine*, 25.1.23)

(5736) **Vatikanstadt.** Der Heilige Stuhl hält es für notwendig, dass auch für den Vatikan selbst ein Missbrauchsbeauftragter ernannt wird, der darüber wacht, dass den Kindern und Jugendlichen im Zentrum der katholischen Kirche nicht allzu viel passiert. Neuer Referent für den Schutz von Minderjährigen im Vatikan ist Luigi Sabbarese, italienischer Chef des Skalabriner-Ordens, dem Spötter nachsagen, er sei der einzige Orden, in dem noch keine Missbräuche bekanntgeworden seien, weil er so klein sei. Der 60-Jährige ist auch Gerichtsvikar am Kirchlichen Gerichtshof der Vatikanstadt. Er hat die Aufgabe, die „Leitlinien zum Schutz von Minderjährigen und schutzbedürftigen Personen für das Vikariat der Vatikanstadt“ umzusetzen. Dazu gehören auch Schulungen für Mitarbeiter, damit – so der Vatikan wörtlich – „die Gemeinschaft innerhalb des Vikariats stets die Rechte und Bedürfnisse von Minderjährigen achtet und darauf achtet, jede Form von Gewalt oder Missbrauch zu verhindern“. Von einer speziellen Schulung der dort amtierenden Bischöfe und Kardinäle war allerdings nicht die Rede. (*Vatican News*, 9.2.23)

Nordamerika

Kanada

(5737) **Ottawa.** Kanada wird immer säkularer. In einer groß angelegten Volksbefragung 2021 gaben 34,6 Prozent der Personen an, keiner Religion anzugehören oder eine säkulare Weltanschauung zu vertreten. In dieser Gruppe sind Atheisten, Agnostiker und andere Säkulare zusammengefasst. Ihr Anteil hat sich damit innerhalb von 20 Jahren mehr als verdoppelt, damals betrug er noch 16,5 Prozent. Dagegen schrumpft die Quote der Christen stetig zusammen. Nur wenig mehr als die Hälfte der Bevölkerung (53,3 Prozent) hängt noch einer christlichen Konfession an. 2011 waren es 67,3 Prozent; 2001 sogar 77,1 Prozent.

Als Hauptursache für den stetigen Anstieg vermuten die Autorinnen und Autoren der Studie, dass Personen sich im Verlauf des Lebens von ihrer früheren religiösen Überzeugung hin zu einer säkularen Weltanschauung entwickelt haben. Andere Faktoren, etwa die Zunahme der Zahl von Kindern unter zehn Jahren ohne Religionszugehörigkeit, hätten eine eher untergeordnete Rolle gespielt.

Der Rückgang religiöser Überzeugungen in der kanadischen Gesellschaft spiegelt sich nach Angabe der Studienautoren auch in den Ergebnissen einer anderen, kürzlich veröffentlichten Studie, nach denen religiöse oder spirituelle Überzeugungen für immer weniger Kanadier im Leben von Bedeutung sind. 2003 war dies noch bei 71 Prozent der Fall, 2019 nur noch 54 Prozent.

(*The Daily*, 26.10.22; *Humanistischer Pressedienst*, 22.12.22)

Vereinigte Staaten

(5738) **Chicago.** Die Corona-Pandemie hat bei US-Christen den Trend zum Fernbleiben vom Gottesdienst beschleunigt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des *American Enterprise Institute* und des Sozialforschungsinstituts der Universität von Chicago.

2022 sagte ein Drittel der Befragten, Kirchenbesuche gehörten nicht mehr zu ihrem Alltag. Vor Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 gab das erst ein Viertel an. Die zeitweisen Schließungen von Gotteshäusern wegen der Infektionsgefahr hätten Menschen, die schon zuvor nur lose Bindungen zu ihren Gemeinden hatten, dazu bewegt, sich endgültig vom Gottesdienst zu verabschieden, sagte Dan Cox, einer der Autoren der Studie. Vor allem liberale und junge Amerikaner bleiben seit der Pandemie den Gotteshäusern fern, so der Befund nach Auswertung von fast 10.000 Befragten.

Keine Unterschiede beim persönlichen Gottesdienstbesuch vor und nach der Pandemie verzeichneten hingegen die Kirchen weißer Evangelikaler und die Kirche der „Heiligen der Letzten Tage“ (Mormonen). Unter weißen Katholiken gaben hingegen nur drei von zehn Befragten an, sie seien 2022 genauso häufig zur Messe gegangen wie vor der Pandemie. (*KNA*, 7.1.23)

(5739) **Clearwater.** David Miscavige, Nachfolger des *Scientology*-Gründers Ron Hubbard, ist seit Monaten un auffindbar. Daher versuchten ihm Zivil-

gerichte in Florida und Kalifornien sowie Mitarbeiter einer Anwaltskanzlei bislang vergeblich wichtige Dokumente zu übergeben, die für Anklagen wegen Kindesentführung, Kinderhandels und Kindesmissbrauchs von Bedeutung sind. Kläger sind drei ehemalige *Scientology*-Mitglieder, die bereits als kleine Kinder zu der Organisation kamen und von ihr nach eigenen Angaben aufs Schlimmste ausgenutzt wurden.

Das Abtauchen des 62-jährigen Chefs fällt in eine Zeit, in der die Vorwürfe gegen *Scientology* immer heftiger werden, die Vereinigung aber offenbar kaum mehr darauf reagiert, während sie früher offensiv und mitunter sogar aggressiv gekontert hatte. Prominente Ex-Mitglieder erinnerten daran, dass Miscaviges Frau seit knapp 20 Jahren verschwunden ist, ohne dass es von ihr überhaupt ein Lebenszeichen gäbe. (*Süddeutsche Zeitung*, 2.2.23)

(5740) **San Diego.** Wegen rund 400 Missbrauchsklagen droht nun auch der kalifornischen Diözese San Diego der Konkurs. Ein Bistumssprecher sagte, es seien voraussichtlich 550 Millionen Dollar nötig, um die Fälle außergerichtlich beizulegen. Der Grund für die Klagewelle: Seit 2019 sind in Kalifornien Verjährungsfristen bei sexuellem Kindesmissbrauch weitgehend abgeschafft. Die aktuellen Klagen beziehen sich ausschließlich auf Vergehen, die 50 bis 75 Jahre zurückliegen. Klagen wegen jüngerer Fälle kommen noch auf das Bistum zu. (*Heinrichsblatt*, 19.2.23)

Asien

Indien

(5741) **Dispur.** Der Bundesstaat Assam kämpft neuerdings für die Abschaffung von Kinderehen. Die regionale Polizei hatte in einer Razzia Anfang Februar rund 3000 Menschen festgenommen, die Kinderehen in dem Bundesstaat geschlossen hatten, darunter auch hinduistische und muslimische Geistliche. Betroffen sind hauptsächlich Mädchen, die mit meist deutlich älteren Männern zwangsverheiratet werden. Nach Daten des Kinderhilfswerks *Unicef* lebt ein Drittel der weltweit 650 Millionen Kinderbräute in Indien.

In Assam ist laut einer Untersuchung indischer Behörden bei 31 Prozent der Eheschließungen die Braut nicht im gesetzlichen Mindestalter für Hochzeiten, das Indiens Regierung Ende 2021 unabhängig von Religions- und Kastenzugehörigkeit auf 21 Jahre heraufgesetzt hatte. Indiens Oberstes Gericht hatte 2017 in einem richtungweisenden Urteil Sex mit einer minderjährigen Ehefrau als Vergewaltigung eingestuft.

Plötzlich begrüßten auch die verschiedenen Religionsgemeinschaften das Vorgehen gegen die Verheiratung Minderjähriger, auch Hindu-Führer und muslimische Imame. Auf die Nachfrage, warum sie bisher nichts gegen beteiligte Kleriker in den eigenen Reihen unternommen haben, blieben sie eine Antwort schuldig. (*KNA*, 14.2.23)

Iran

(5742) **Teheran/Hamburg.** Das Ayatollah-Regime unterhält in Hamburg nach den Erkenntnissen des Inlandsgeheimdiensts offenbar seit längerem eine als Moschee getarnte Spionage-

zentrale. Das *Islamische Zentrum Hamburg*, zu dem die „Blaue Moschee“ gehört, wird demnach als iranischer Außenposten und Financier von Terroraktionen eingestuft. Dies wurde allerdings erst nach dem umstrittenen Todesurteil gegen den Deutsch-Iraner Jamshid Sharmahd breit publiziert. Das Zentrum wehrt sich vor Gericht gegen diese Bewertung und beklagt, es sei Objekt „haltloser Vorwürfe“ geworden. Exil-Iraner weisen indes darauf hin, dass das Zentrum radikale theologische Positionen vertrete und von Mitarbeitern eine systematische Beobachtung und Kontrolle von Dissidenten ausgehe. (*Süddeutsche Zeitung*, 22.2.23)

Anm. MIZ-Red.: Dass der Arm der iranischen Sittenpolizei bis in deutsche Standesämter reicht (vgl. *Augsburger Allgemeine*, 11.2.23), liegt aber auch an den hiesigen Behörden. Es ist unbegreiflich, dass Iranerinnen für eine Eheschließung hierzulande die Heirats-erlaubnis ihres Vaters benötigen.

Israel

(5743) **Tel Aviv**. Nur drei Wochen nach Bildung der neuen rechtskonservativ-ultrareligiösen Regierung hat das Oberste Gericht den Innen- und Gesundheitsminister Arye Deri für amtsuntauglich erklärt. Der umstrittene Chef der ultraorthodoxen Schas-Partei gilt als enger Vertrauter von Premier Netanjahu.

Das mit zehn zu eins Stimmen gefällte Urteil wird mit der kriminellen Vergangenheit von Deri begründet. Bereits 2000 war er wegen Betrugs und

Bestechlichkeit zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Nach seiner Rückkehr in die Politik geriet er schnell wieder mit dem Gesetz in Konflikt. Anfang 2022 erreichten seine Anwälte angesichts eines gravierenden Falls von Steuerhinterziehung einen Deal: Statt erneut ins Gefängnis zu wandern, erhielt er nur eine Bewährungsstrafe wegen seines Versprechens sich aus der Politik zurückzuziehen. Dass er gegen diese Zusage schon wenige Monate später verstieß, führte nun zu dem Urteil.

Die Regierungskoalition reagierte zunächst solidarisch mit Deri und strebt eine Einschränkung der Befugnisse des Obersten Gerichts an. Inzwischen schied Deri aber aus dem Amt aus – vorerst. (*Süddeutsche Zeitung*, 20.1.23)

(5744) **Jerusalem**. Die Soziologin Eva Illouz, Professorin an der Hebräischen Universität von Jerusalem, hält das Aufkommen der religiösen Fundamentalisten für die Hauptursache des Übergangs von der Staatsform der Demokratie zur religiösen Diktatur. „Die religiösen Zionisten vertreten nicht einfach andere Positionen, sie wollen den ‘regime change’. Sie attackieren die humanistischen Grundwerte, verachten das Völkerrecht, wollen die Gewaltenteilung aushebeln. ... Es gibt in Israel heute zwei Lager – und die sind eben nicht mehr rechts und links, sondern bestehen aus einer gemäßigten Rechten und der extremen, der messianischen Rechten. Und dann gibt es noch die Ultraorthodoxen, die Strenggläubigen, die großen Einfluss ausüben. Auch sie werden immer nationalistischer.“ Zum Vergleich mit dem Orban-Regime meinte sie: „Das illibera-

le Ungarn ist nichts im Vergleich zu dem, was jetzt in Israel passiert. In Budapest regieren keine religiösen Extremisten. ... Einige dieser [jüdischen Extremisten] wollen einen *Halacha*-Staat einführen, das bedeutet, es zählen nur noch die religiösen Gesetze des Judentums.“ (*Der Spiegel*, 11.2.23)

Malaysia

(5745) **Kuala Lumpur.** Selbst eingefleischten Muslimen geht der Einfluss von Moscheegemeinden in Malaysia zu weit. Sultan Ibrahim Ismail von Johor, gleichzeitig immerhin auch Vorsitzender des Islamischen Religionsrats im Staat, hat dazu aufgerufen, Politik aus Moscheen und religiösen Einrichtungen herauszuhalten. Hintergrund sei angeblich, dass einige Parteien religiöse Initiativen nutzen, um ihre Positionen zu propagieren und bei Islamisten zu punkten. (Andere sehen dies umgekehrt: Islamistische Initiativen benutzen nahestehende Parteien um ihren politischen Einfluss auszubauen.) Die Erklärung des Sultans erfolgte durch den Ausschuss für islamische religiöse Angelegenheiten in Johor. Der 38-jährige Prinz bekräftigte darin die Verpflichtung, alle öffentlichen Aktivitäten religiöser Art von den zuständigen Behörden genehmigen zu lassen und die Ausbildung des Personals zu überwachen, um Irrtümer oder Lehren, die nicht dem religiösen Bereich zuzuordnen sind, zu vermeiden.

Mehrere malaysische Bundesstaaten sehen gesetzlich bereits solche oder ähnliche Verpflichtungen vor. Insbesondere traditionsreiche Parteien nutzten bisher religiöse Initiativen, um ihre Positionen zu festigen und Säkulare oder Andersgläubige zu dis-

kreditieren. In Malaysia ist der Islam Staatsreligion, der aber nur 61 Prozent angehören. Nach dem letzten Stand sind 1,2 Prozent religionslos. (*asia-news*, 19.1.23)

Myanmar

(5746) **Naypydaw.** Die Militärdiktatur in Myanmar (früher: Burma) arbeitet verstärkt mit fanatischen buddhistischen Mönchen zusammen um die antimuslimische Stimmung im Lande anzuheizen. Eine besonders wichtige Rolle spielt dabei der 54-jährige Prediger Ashin Wiratu, der die Massenvertreibung von über 700.000 islamischen Rohingya ideologisch vorbereitet hatte. Unter anderem fordert er, muslimische Händler und Geschäftsleute zu boykottieren. Moscheen nennt er „feindliche Stützpunkte“, Mischehen mit Muslimen greift er als „Verbrechen“ an. Das US-Magazin *Time* nannte ihn schon 2013 das „Gesicht des buddhistischen Terrors“.

Nun hat ihm der Juntachef Min Aun Hlaing am militärischen Unabhängigkeitstag eine der höchsten Auszeichnungen des Staates verliehen „für herausragende Verdienste um das Wohl der Union von Myanmar“. (*Süddeutsche Zeitung*, 5.1.23)

Pakistan

(5747) **Islamabad.** Das pakistanische Parlament hat das Gesetz gegen Blasphemie noch einmal deutlich verschärft. Das neue Strafgesetzbuch sieht für jeden, der Persönlichkeiten aus dem Umfeld des Propheten Mohammed beleidigt, eine Freiheitsstrafe von mindestens zehn Jahren vor. Auch sei eine Geldstrafe von einer Million Rupien vorgesehen. Menschenrechtsverteidiger

äußerten bereits Besorgnis: „Wir brauchen Schutzmaßnahmen gegen Rechtsmissbrauch“, sagte der Präsident der Organisation *Voice for Justice*. Der Menschenrechtsaktivist Ashiknaz Khokhar kommentierte: „Je strenger das Gesetz und je härter die Strafe, desto gewalttätiger wird die Gesellschaft. Mit jeder neuen Novelle des Blasphemiegesetzes entfernen wir uns immer weiter von einer möglichen Kehrtwende und Hinwendung zu den allgemeinen Menschenrechten.“ (*asia-news*, 24.1.23)

Türkei

(5748) **Istanbul.** Eine fast 20 Jahre zurückliegende Kinderheirat im konservativ-orthodoxen Milieu brachte die Regierungspartei AKP und Erdoğan kurz vor den Wahlen in erhebliche Bedrängnis.

Eine heute 24-jährige Frau ging an die Öffentlichkeit und berichtete, dass sie mit sechs Jahren von ihrem Vater mit einem erwachsenen Ordensmann verheiratet wurde, der das Mädchen immer wieder missbrauchte und sich jetzt wegen Vergewaltigung einer Minderjährigen vor Gericht verantworten muss. Die AKP pflegte enge Beziehungen zu dieser ultrakonservativen *Ismail-Aga-Gemeinde*, deren Einfluss dank Erdoğan nochmals erheblich zunahm.

Die Ehe mit der damals Minderjährigen war und ist nach staatlichem Recht in der Türkei ebenso wie die islamische Vielehe verboten. Sie war zunächst nach islamischem Recht und erst nach Volljährigkeit der Frau auch staatlich geschlossen worden.

Inzwischen hat der Prozess gegen den einstigen Ehemann und gegen die Eltern der „Braut“ überraschend starken Wirbel in der türkischen Öffentlichkeit ausgelöst, der Staatschef Erdoğan sichtlich unangenehm ist. (*Süddeutsche Zeitung*, 14.12.22 u. 6.2.23)

Ozeanien

Australien

(5749) **Rom/Melbourne.** Der umstrittene australische Kardinal Pell hat selbst nach seinem Tod noch für einen Skandal gesorgt. Vom Papst wurde er geradezu mit Lob überschüttet, weil er einer seiner engsten Berater war und zum Finanzchef des Vatikan aufstieg. In der Totenfeier ging der Pontifex überhaupt nicht auf die Karriere des Verstorbenen als ranghöchster Sexualstraftäter des australischen Klerus ein. Einen Monat zuvor bezeichnete ihn der Papst sogar noch als „großartigen Menschen“, dem man viel Dank schulde.

Dann wurde bekannt, dass der Kardinal der Verfasser eines Schriftstücks war, das seit Monaten im Vatikan kursierte. Er kritisierte in dem Text die Amtszeit des Papstes wegen dessen Zickzack-Kurses als „Katastrophe“. In einem weiteren Artikel, den Pell wenige Tage vor seinem Tod geschrieben haben soll und den das britische Magazin *The Spectator* veröffentlichte, verurteilte er auch die vom Papst zugelassene Diskussion über Themen wie die Kirchenlehre zur Sexualität und der Rolle von Frauen unter Einbeziehung katholischer Laien. (*Tagesschau*, 15.1.23)

Leser:innenbrief

Zu Heft 4/22, Schwerpunkt Zentralrat der Konfessionsfreien

Mit Interesse habe ich MIZ 4/22 vor allem zum „Zentralrat der Konfessionsfreien“ gelesen.

Leider haben Sie nur die ersten historischen Bemühungen um ein Zusammenwirken von freien und säkularen Organisationen im Deutschen Kaiserreich genannt. Das Weimarer Kartell war ein mutiger und teilweise gelungener Versuch, die damaligen Kräfte zu bündeln. Durch den Ersten Weltkrieg gingen diese Bemühungen verloren.

Aber in der Weimarer Republik haben sich fast alle freien Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und einige säkulare Funktionsgruppen zur sog. *Reicharbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände* (RAG), einer gewichtigen und engagierten Organisation zusam-

mengeschlossen, ohne dass der eine den anderen vereinnahmte. Die RAG vertrat etwa eine Millionen Mitglieder. Natürlich hat der Nationalsozialismus sie zerstört und seit 1933 viele Funktionsträger verfolgt. Leider haben Sie die RAG nicht erwähnt. Im beiliegenden Heft 33 der DFW-Schriftenreihe gibt es eine Textsammlung mit einer Einleitung darüber.

Der *Volksbund für Geistesfreiheit* hat die Positionen und Bestrebungen zur Bündelung der freigeistigen Kräfte in der Bundesrepublik ab 1949 intensiv aufgegriffen und die Traditionen des Weimarer Kartells und der RAG fortgeführt. Nach der staatlichen Einheit 1990 hat der *Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften* (DFW) 1991 den Volksbund erneuert und fortgesetzt und bündelt frei säkulare Kräfte bei Respektierung der Identität der anderen Verbände. Auch dies wurde im MIZ-Heft 4/22 nicht erwähnt.

Dr. Volker Müller, Falkensee

Seminar

Kirche und Gesellschaft

23.-27. Oktober 2023

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente

 **GUSTAV
HEINEMANN
BILDUNGSSTÄTTE**

Obwohl die beiden großen Kirchen seit Jahren Mitglieder verlieren und die Akzeptanz für ihre Positionen sinkt, sind sie nach wie vor gesellschaftlich und politisch wichtige Institutionen. Im Seminar soll das Nachwirken ihrer besonderen historischen Stellung betrachtet werden.

Welche auch rechtlich fixierte Rolle kommt ihnen im politischen System der Bundesrepublik zu? Wie ist in diesem Kontext die Stellung der Kirchen als einer der größten deutschen Arbeitgeber mit besonderer Rechtsstellung der Mitarbeiter*innen zu bewerten? Welche Bedeutung kann dies für die künftige Stellung der Kirchen in Gesellschaft und politischem System der Bundesrepublik haben?

Weitere Informationen und Anmelde-möglichkeit:

<https://www.heinemann-bildungsstaette.de/seminare/seminaruebersicht>

Impressum

MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit

Politisches Magazin für Konfessionslose
und AtheistINNeN

ISSN 0170-6748

Redaktion: Christoph Lammers (v.i.S.d.P.), Nicole Thies, Daniela Wakonigg

Ständige Mitarbeiter/innen: Petra Bruns, Colin Goldner, Gerhard Rampp, Michael Schröter

Anschrift der Redaktion: MIZ-Redaktion,
Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560, Fax (06021) 62 62 569
redaktion@miz-online.de
www.miz-online.de

Meldungen für die Internationale Rundschau an:
Gerhard Rampp, rundschau@miz-online.de

Herausgeber: Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA e.V.), Limburger Str. 55, 53919 Weilerswist.

Verlag: Alibri Verlag GmbH

Druck: Druckhaus Stil, Stuttgart

Nachdruck und Vervielfältigung: Auch auszugsweise nur mit Genehmigung der Redaktion und vollständiger Angabe von Nr./Jahr und Nennung des ungekürzten Titels dieser Zeitschrift.

LeserInnenbriefe sollten als solche gekennzeichnet werden; sie erscheinen außerhalb der Verantwortung der Redaktion. Kürzungen bleiben vorbehalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Manuskripte: Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Fotos, Illustrationen und Datenträger keine Haftung. Sie werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Erscheinungsweise: vierteljährlich, jeweils April, Juli, Oktober und Januar.

Preis des Einzelheftes: Euro 5.- zuzüglich Porto.

Bezugspreis im Abonnement: Euro 18 (Inland), Euro 22 (Ausland), jeweils inkl. Porto u. Verpackung. Ein Abonnement umfasst vier Hefte; nach Ablauf verlängert es sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht vier Wochen nach Erscheinen der letzten im Abonnement enthaltenen Nummer schriftlich beim Alibri Verlag gekündigt wird. Für Mitglieder des IBKA ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

MIZ-Abonnement und Einzelbestellungen an:
Alibri, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg

Bankverbindung: Alibri Verlag GmbH, Sparkasse Aschaffenburg, Konto 1129 7868, (BLZ 795 500 00)

Frühere MIZ-Ausgaben

Viele ältere Nummern der MIZ sind noch lieferbar. Ob Sie nun die MIZ kennenlernen wollen, ihre Sammlung komplettieren oder einfach mal reinschauen, wie die Zeitschrift vor zehn oder zwanzig Jahren ausgesehen hat – Sie können sowohl einzelne Ausgaben als auch sortierte Pakete nachbestellen.

MIZ 4/22 Schwerpunktthema Zentralrat der Konfessionsfreien; außerdem: Grundordnung oder Grundgesetz? * Interview mit dem Ethnologen Christoph Antweiler

MIZ 3/22 Schwerpunktthema Zum Anschlag auf Salman Rushdie; außerdem: Politischen Justiz in Bayern * Kommunale Kirchentagsfinanzierung * FDP-Kirchenpapier

MIZ 2/22 Schwerpunktthema Selbstbestimmung am Ende des Lebens; außerdem: Täterorganisation: Katholische Kirche * Was trennt uns wirklich? * Erasmus von Rotterdam

MIZ 1/22 Schwerpunktthema Erzwungene Aufarbeitung; außerdem: Interview mit Masih Alinejad * Sogenannte Ehrenmorde sind keine Femizide

MIZ 4/21 Schwerpunktthema Transhumanismus; außerdem: Kritik des Koalitionsvertrags * Christian Wolff und der Atheismus in China

MIZ 3/21 Schwerpunktthema Zersplitterter Universalismus; außerdem: Idee eines Neutralitätsgesetzes * Interview zu Joseph Beuys

MIZ 2/21 Schwerpunktthema Neutralität am Zug; außerdem: Zeitkern der Aufklärung * Rassismus gegen Frauen? * Himmlische Suche

MIZ 1/21 Schwerpunktthema Zukunftsperspektiven der MIZ; außerdem: Kirchenaustritt in der Pandemie * Bundestagsdebatte um Ablösung der Staatsleistungen

MIZ 4/20 Schwerpunktthema Kulturkampf – Relikt von vor 150 Jahren?; außerdem: Warum Silvester 2015 auf die Tagesordnung muss * Interview mit Cinzia Sciuto

MIZ 3/20 Schwerpunktthema 30 Jahre ohne Mauer; außerdem: Unfreiheit, Ungleichheit, Brüderlichkeit * Atheisten in Nigeria

MIZ 2/20 Schwerpunktthema Die Pandemie und der Glaube; außerdem: Mehr Militärseelsorge * Wie die „Neue Rechte“ auf „den Islam“ blickt

MIZ 1/20 Schwerpunktthema Bühne Kulturpolitik; außerdem: 100 Jahre Weltliche Schule * Evangelikale in Bremen * Istanbul-Konvention für alle

Einzelheft Euro 5.- (ab 1/14)

Probepaket (drei ältere Hefte) Euro 5.-

Schnuppern in den 90ern (5 Hefte) Euro 5.-

Schnuppern in den 80ern (5 Hefte) Euro 5.-



Hartmut Zinser

Untergang von Religionen und Säkularisierung

140 Seiten, Abbildungen, kartoniert, Euro 16.-
ISBN 978-3-86569-374-7

Die Menschheitsgeschichte weist unzählbar viele Religionen auf. Doch anders als vielen ihrer Gottheiten nachgesagt wird, sind Religionen nicht unsterblich. Religionen, entstehen, verschmelzen mit anderen, sie werden ausgerottet oder verlieren ihre Plausibilität und verschwinden, gehen unter.

Der Religionswissenschaftler Hartmut Zinser betrachtet im vorliegenden Band den Prozess des Untergangs von Religionen erstmals genauer und untersucht einige der damit zusammenhängenden zentralen Fragen: Welche Rolle spielt die Konkurrenz mit anderen Religionen? Wie wirken sich religiöse Reformbewegungen aus? Welche Veränderungen sind auf Migration zurückzuführen? Führt Religionsfreiheit zu einer Stabilisierung von Religionen oder begünstigt sie deren Wandel?

Mit freundlicher Empfehlung

Bund für Geistesfreiheit
Augsburg



Aktion:

Der bfg Augsburg übernimmt die Kirchengaustrittsgebühr für Schüler, Studenten und Geringverdiener in Bayern. - info@bfg-augsburg.org

Alibri

Forum für Utopie und Skepsis • www.alibri.de
Postfach 100 361 • 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560 • eMail verlag@alibri.de